

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

**Ausschuss für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Medien**

70. Sitzung
25. März 2026

Beginn: 09.33 Uhr
Schluss: 12.48 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

**Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich
aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

**Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Andreas Otto: Wir schreiten zu

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berlins Aktivitäten in der Europawoche
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0240](#)
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Ich möchte ganz herzlich unsere drei Gäste begrüßen: Frau Emmeline Charenton, sie ist Landesvorsitzende des Europa-Union Berlin e. V. – herzlich willkommen! –, Herrn Dr. Christian Johann, Direktor der Europäischen Akademie Berlin, und Herrn Johannes Kram, Vorstandsmitglied des Tu was für Europa e. V. – auch Ihnen ein herzliches Willkommen! – Herr Kram hat noch einen Geschäftsführer, Herrn Hirschnitz, zur moralischen Unterstützung dabei, nehme ich mal an. – Machen wir ein Wortprotokoll, wird das gewünscht? – Ich sehe allseitiges Nicken, wir machen ein Wortprotokoll. – Ich möchte Sie kurz darauf hinweisen, dass das hier in einem Livestream alles weltöffentlich übertragen wird, Sie können fotografiert, gefilmt, aufgezeichnet werden, was Ihre Worte anbelangt. Nichtsdestotrotz freuen wir uns auf ein offenes Gespräch! – Der Ablauf ist folgendermaßen: Zunächst erhalten die Fraktionen, die diese Besprechung beantragt haben, die Gelegenheit zur Begründung. Dann frage ich den Staatssekretär, ob er an der Stelle schon etwas beitragen möchte, das kann auch später passieren. Dann wären Sie mit einer einleitenden Stellungnahme an der Reihe, jeweils circa fünf Minuten. Dann machen wir eine Fragerunde durch dieses Rund hier, und Sie sind gebeten, sich die Fragen zu merken oder zu notieren und diese dann in einem zweiten Statement zu beantworten. Wir haben heute zwei Anhörungen; das führt dazu, dass es zwei kleinere Anhörungen sind. Das betrifft sowohl die Anzahl der eingeladenen Gäste als auch den Zeitfonds, den wir haben. Wir versuchen, das in einer Stunde zu schaffen, weil wir danach noch eine weitere Anhörung haben. – Das ist eigentlich schon alles zum Ablauf gewesen. Dann frage ich jetzt: Wer begründet das hier? – Frau Kühnemann-Grunow macht das für die Koalition. – Bitte schön!

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herzlich willkommen auch an die Anzuhörenden hier im Raum! – Die Europawoche ist in Berlin und in ganz Deutschland eine zentrale Aktions- und Veranstaltungszeit rund um Europa, immer anlässlich des Europatags am 9. Mai, und für uns auch Anlass, uns zu erkundigen, welche Aktivitäten geplant sind. Ziel ist immer, ein Stück weit Europa für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen, näher zu bringen, und es gibt durchaus auch Ziele, die uns am Herzen liegen neben der Nähe. Da ja häufig Europa für viele Menschen weit weg ist, ist uns auch wichtig zu erfahren, was an Themen geplant ist, beispielsweise auch in puncto politischer Bildung, Kultur, aber auch Bürgerbeteiligung. Ein Stück weit Angebote von oben zu machen, ist schön, aber es ist immer auch für uns wünschenswert, wenn sich Bürgerinnen und Bürger auch beteiligen können, einfach um Europa für die Menschen einesteils greifbarer zu machen, die Wichtigkeit zu unterstreichen und auch die europäische Idee zu stärken. Deswegen freue ich mich über Ihren Input, was Sie uns hier präsentieren können, was an Aktivitäten geplant ist! – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Dann beginnt Frau Charenton.

Emmeline Charenton (Europa Union Berlin e. V.; Landesvorsitzende): Herzlichen Dank! – Auch von mir noch mal Guten Morgen in die Runde! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Es ist mein erstes Mal hier im Europaausschuss. Normalerweise hat das oft Herr Knapp, mein Co-Vorsitzender, gemacht oder meine Vorgängerin, Frau Borngässer, die Sie vielleicht eher kennen. Ich freue mich trotzdem, hier sein zu dürfen und über Europa sprechen zu können! – Es ist ein Herzensanliegen, und es wurde gerade schon angesprochen: Europa kann sehr abstrakt wirken, es kann sehr weit weg wirken, und unsere Aufgabe als ehrenamtlicher Verein ist es, Europa nahbar zu machen, Europa erlebbar zu machen und Menschen in Berlin die Möglichkeit zu geben, Europa zu verstehen und mit zu gestalten.

An dieser Stelle spreche ich meinen Dank für die Unterstützung aus! – Ich habe es gerade schon gesagt, wir arbeiten alle ehrenamtlich – bis auf zwei Hauptamtliche in unserer Geschäftsstelle – und sind deswegen auch auf Unterstützung von Ihnen als Ausschussmitgliedern, aber auch vom Abgeordnetenhaus und von der Senatskanzlei abhängig, und wir möchten uns einmal ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie uns hier in unserer Arbeit unterstützen, weil ohne diese Unterstützung wäre vieles, was wir tun, einfach nicht möglich!

Für uns ist diese Europawoche und auch der Europamai immer ein bisschen schwierig, weil Europa für uns jeden Tag stattfindet, und wir versuchen, über das gesamte Jahr Europa zu machen und Europa auch in Berlin zu verankern und vor allem auch erlebbar zu machen. Insofern haben wir natürlich Aktivitäten geplant, die jetzt aber nicht alle nur zwingend in dieser Europawoche stattfinden, sondern sich vielmehr auch auf diesen Frühling ausbreiten. Ein paar kann ich direkt nennen: Jetzt im Frühling fangen wieder unsere Blauer Bär prämierten Kiezspaziergänge an. Das ist ein Projekt, was Sie vielleicht auch kennen, was Sie vielleicht auch schon mal gesehen haben, wo wir in die Berliner Bezirke gehen, um zu schauen, wo ist Europa in den Bezirken tatsächlich vor Ort direkt erlebbar? Wo gibt es vielleicht Gelder von der EU? Was ist die Geschichte dahinter? Ende April und Mai finden welche statt. Wir haben am 15. April einen Kiezspaziergang in Schöneberg, am 12. Mai einen Kiezspaziergang in Tegel und am 30. Mai einen in Steglitz. Insofern auch hier: Falls Sie Lust und Interesse haben, Sie sind herzlich eingeladen!

In der Europawoche selber haben wir eine Kooperationsveranstaltung zusammen mit der EAB, aber auch mit den Bezirksbeauftragten für Europa in Berlin, im Grünen Salon der Volksbühne, zum Thema Verantwortung für Frieden in Europa, wer trägt sie in Zeiten des Unfriedens. Wir haben hier Experten und Expertinnen aus Wissenschaft, Politik und der Zivilgesellschaft zusammengebracht und möchten mit ihnen gern darüber diskutieren, denn das Thema Sicherheit ist ein Thema, das nicht nur uns alle, sondern auch junge Menschen angeht und durch alle Bevölkerungsschichten ein Thema ist und wir uns das gern etwas globaler anschauen möchten.

Hinzukommt noch Ende April das Thema Internationales. Wir veranstalten einen Tagesausflug nach Guben/Gubin. Sie hatten es vorhin auch schon mal in einem anderen Themenbereich angesprochen. Das Weimarer Dreieck ist wichtig und gewinnt an Bedeutung, die Partnerschaft mit Polen, aber auch mit Frankreich. Das ist eben unser kleiner Beitrag dazu, da etwas weiterzugehen. Das ist ein erster Schritt, hier einen Ausflug zu machen und mit den

Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Aber auch langfristig planen wir eine Fahrt nach Frankreich und auch nach Polen, um auch da Europa erlebbar und erfahrbar zu machen und ein bisschen zu zeigen, wo Europa auch stattfindet und eben nicht nur hier in Berlin beziehungsweise welche Rolle Berlin auch in diesem Komplex spielt.

Darüber hinaus haben wir auch jetzt gerade im Frühling die Europa-im-Kiez-Veranstaltungen, die wir in sehr vielen Bezirken dieses Jahr haben. Wir haben am 1. Mai, 2. Mai, 3. Mai, 8. Mai, 9. Mai, 11. Mai, 19. Mai, 22. Mai, 30. Mai und 31. Mai verschiedene Stände, wo man Europa im Kiez auch erleben kann. Auch da eine herzliche Einladung, falls Sie zufällig vor Ort sind, sich das einmal anzuschauen und mit den Personen vor Ort ins Gespräch zu kommen! Wir haben auch jetzt wieder für Mai unsere Botschaftsgespräche geplant, die wir immer zur Europäischen Ratspräsidentschaft veranstalten. Dieses Jahr sind es Zypern und Irland. Auch das ist eine Möglichkeit, die Ratspräsidentschaft niedrigschwelliger zu gestalten und zu erklären, was da überhaupt passiert, was die Prioritäten der jeweiligen Ratspräsidentschaften sind.

Zu guter Letzt kann ich noch eine Einladung aussprechen: Die Europa-Union Berlin hat eine Parlamentarier- und Parlamentarierinnengruppe hier im Abgeordnetenhaus, mit der wir auch versuchen, regelmäßig ins Gespräch zu kommen und zu schauen, wo Synergien existieren, wo man sich auch gegenseitig unterstützen kann. Es findet am 18. Juni hier im Abgeordnetenhaus ein parlamentarisches Frühstück statt, zu dem ich Sie herzlich einladen darf und grundsätzlich zu allen Veranstaltungen der Europa-Union, wenn Sie Zeit und Lust haben! Wir freuen uns immer über die Unterstützung, ich hatte es eingangs gesagt: Ehrenamt funktioniert nur, wenn auch die Unterstützung von anderen Seiten mit dabei ist. – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Das war ja eine Punktlandung! – Herr Dr. Johann, bitte schön!

Dr. Christian Johann (Europäische Akademie Berlin; Direktor): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär Hauer! Vielen Dank für die Einladung! Mein Dank gilt zu Beginn auch dem Senat von Berlin und besonders Herrn Staatssekretär Hauer für das sichtbare Engagement rund um die Europawoche, die bei Ihnen im Haus die Europawochen sind, da ist immer in Klammern noch das N dazu gedacht, und für die Frage, wie Europa in dieser Stadt noch stärker verankert werden kann!

Die Europawoche ist für Berlin eine gute und wichtige Gelegenheit. Sie schafft Aufmerksamkeit, sie bündelt Aktivitäten, sie macht Europa sichtbar. Aber, ein Schaufenster wirkt nur, wenn dahinter ein Haus steht. Genau das ist aus meiner Sicht der entscheidende Punkt, auch in diesem Jahr. Die Frage ist nicht nur, wie wir eine gute Europawoche organisieren. Die wichtigere Frage lautet: Wie verankern wir Europa in Berlin so, dass Sichtbarkeit, Teilhabe und politische Bildung dauerhaft zueinanderfinden. Denn ob Europa in Berlin wirklich ankommt, entscheidet sich nicht in einer Woche. Es entscheidet sich daran, ob diese Stadt über verlässliche Orte verfügt, über belastbare Partnerschaften und Formate, in denen Menschen Europa nicht nur hören, sondern erleben, also im Gespräch, in der Begegnung, in der politischen Bildung. Europa bleibt für viele abstrakt, so lange es vor allem institutionell vorkommt. Es wird dort konkret, wo Menschen fragen können, mitreden können, widersprechen können und wo sie erleben: Das hat mit meinem Alltag, mit meiner Stadt, mit meiner Zukunft zu tun. Berlin hat dafür die besten Voraussetzungen. Diese Stadt ist international, vielfältig, politisch

wach, voller europäischer Biografien, voller Orte, an denen Debatte möglich ist. Gerade deshalb kommt es darauf an, Europa nicht nur symbolisch sichtbar zu machen, sondern es auch zu übersetzen in Schulen, in Kieze, in Kultur, in Bibliotheken, in zivilgesellschaftliche Räume, in konkrete Erfahrungen.

Darum braucht Berlin erstens Kontinuität. Eine starke Europawoche ist sinnvoll. Ihre volle Wirkung entfaltet sie dann, wenn sie in eine ganzjährige europapolitische Infrastruktur eingebettet ist. Europa braucht in Berlin nicht nur gute Anlässe, Europa braucht Regelmäßigkeit! Berlin hat dafür bereits wichtige Grundlagen geschaffen. Mit der Berliner Initiative zur Zukunft Europas ist ein stabiles Netzwerk in die Stadtgesellschaft hineingewachsen. Das ist ein echter Wert. Mit der Europa-Union, mit Tu was für Europa und vielen anderen, für die diese beiden Vereine neben mir links und rechts stehen, haben wir ein vielfältiges Feld an zivilgesellschaftlichem Engagement, was genau dieses Engagement auch in die Stadt und nach Europa trägt. Denn Europa wird in Berlin dann stark, wenn es nicht nur institutionell verhandelt, sondern gesellschaftlich getragen wird, in Bildung, in Debatte, in Kultur, in zivilgesellschaftlichen Räumen und auch in diesem Hohen Haus.

Berlin braucht zweitens sichtbare Orte und verlässliche Partner. Menschen erreichen wir nicht allein über klassische Europakommunikation. Wir erreichen sie dort, wo sie ohnehin sind: in Schulen, in öffentlichen Einrichtungen, in Nachbarschaften, in Kultureinrichtungen und auch in internationalen Communities.

Berlin braucht drittens Formate, die Europa konkret machen, nicht nur institutionell, sondern gesellschaftlich, nicht nur feierlich, sondern verständlich, nicht nur für die ohnehin Engagierten, sondern auch für diejenigen, die mit Europa bisher wenig Berührung haben.

Genau hier liegt die Stärke der Europäischen Akademie Berlin. Die EAB ist nicht nur einfach Veranstalterin, sie ist eine Infrastruktur für Begegnung, politische Bildung und internationale Verständigung. Wir bringen junge Menschen, Fachöffentlichkeit, Zivilgesellschaft, internationale Partnerinnen und Partner sowie politische Akteure zusammen. Wir arbeiten genau an der Stelle, an der Europa für Berlin praktisch relevant wird. Wenn wir etwa mit dem schon erwähnten Europa kontrovers am 6. Mai europäische Konfliktlagen in öffentliche Debattenräume bringen oder mit einem Aktionstag in einer Berliner Bibliothek direkt mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, dann zeigt sich, Europa gewinnt dort an Kraft, wo es anschlussfähig wird.

Darum mein Punkt heute an Sie: Wenn Berlin Europa sichtbarer machen will, dann lohnt es sich, sichtbare Höhepunkte mit der Stärkung jener Träger, Orte und Netzwerke zu verbinden, die diese Sichtbarkeit dauerhaft möglich machen. Die Europawoche kann ein starkes Schaufenster sein. Entscheidend ist, dass dahinter ein tragfähiges Haus steht. Die Europäische Akademie Berlin leistet dazu seit Jahren ihren Beitrag. Sie steht dem Land Berlin auch in Zukunft als erfahrene, international vernetzte und verlässliche Partnerin zur Verfügung. Ich möchte hier auch noch mal im Namen aller Kolleginnen und Kollegen für die stete Unterstützung seit jetzt mehr als 63 Jahren vielmals danken! – Danke schön!

Vorsitzender Andreas Otto: Super in der Zeit! Wir freuen uns über den Dank! – Wir gehen weiter zu Herrn Kram.

Johannes Kram (Tu was für Europa e. V.; Vorstandsmitglied): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich will mich auch im Namen von Tu was für Europa für die Unterstützung bedanken! – Wir sind zum ersten Mal hier, deswegen will ich auch kurz sagen, wer wir sind, was wir bisher gemacht haben und wo wir herkommen. Auch vielen Dank für die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der anderen Organisationen! – Für uns ist es sehr wichtig, diese Vernetzung weiterzuführen.

Tu was für Europa ist ein überparteilicher, gemeinnütziger Verein, der sich vor der vorletzten Europawahl gegründet hat. Wir haben heute das Thema Europa erlebbar zu machen fast von allen, die geredet haben, gehört, und das ist natürlich auch unser Ansatz. Wir haben die Zauberformel auch nicht gefunden. Aber wir haben einen ganz besonderen Ansatz, der heißt: Wir wollen nicht über Europa diskutieren, nicht darüber, wie man es besser machen kann. Sondern wir konzentrieren uns ganz auf das, was wir immer wieder spüren, dass die Menschen zwar Europa als sehr abstrakt wahrnehmen, dass sie ein diffuses Gefühl haben, dass sie sich auch von Europa entfremden auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber ein großes Bedürfnis nach Europa haben. Diese Kluft wollen wir zusammenführen. Wir wollen das nicht im Diskurs machen, sondern wir wollen das Europagefühl, was schon da ist, stärken und suchen dann nach Angeboten, die Europa emotional erlebbar machen, und zwar nicht vor allem die, die den Europadiskurs schon führen, sondern die, denen dieser Diskurs fremd ist, die gar nicht wissen, was man für Europa tun kann und wieso das überhaupt sein sollte.

Wir haben alle gedacht, dass jetzt die geopolitischen Verwerfungen des letzten Jahres dazu führen, dass die Leute ein stärkeres Europagefühl haben. Wir haben Untersuchungen dazu gemacht, das stimmt nicht. Das heißt, die Leute entfremden sich weiter. Trotzdem ist das Bedürfnis noch da – dazu haben wir Umfragen gemacht – und umso größer. Es gibt ganz viele Leute, die sagen: Europa soll mit einer Stimme sprechen! Wir wollen das machen, aber wie machen wir das? – Tu was für Europa hat deswegen vielfältige Angebote in den letzten Jahren gemacht, wo wir versucht haben, wirklich ganz breit, ganz emotional, ganz unpolitisch Politik zu vermitteln. Wir hatten den EuroJam, eine Veranstaltung, die wir mehrmals in der Arena Berlin aufgeführt haben mit Speakern von Alexis Tsipras bis zum TikTok-Star. Wir hatten von Nikolaus Blome bis zu Deniz Yücel alle möglichen Leute, die uns versucht haben, Europa wirklich auf eine spontane, emotional erlebbare Art näherzubringen, und wir haben das Gefühl, dass wir damit sehr gute Erfahrungen machen, dass wir Begegnungen schaffen von Leuten, die sich normalerweise nicht für Europa interessieren und die auf einmal merken, was es sie angeht. Wir haben ganz verschiedene Formate gemacht: einen Europachor, wo wir über das Thema Sprachen, Leute in Europa geführt haben. Letztes Jahr – auch da danke für die Unterstützung! – eine große Aktion zum Thema 16-Jährige dürfen erstmals wählen, wo wir es mit ganz vielen Prominenten geschafft haben, da auf die Tagesordnung und in die Medien zu kommen. Wir merken aber, dass sich die Medien nur dann für Europa interessieren, wenn es Probleme gibt, und wir müssen da noch mehr machen, um zur Bevölkerung durchzudringen. Deswegen haben wir jetzt zur Europawoche zwei große Events geplant, die sich noch breiter, noch unterhaltsamer dem Thema Europa nähern: Am 4. Mai findet im Tipi am Kanzleramt zum ersten Mal – das erste Mal, dass wir auch öffentlich darüber sprechen – der European Future Award statt. Das ist ein großes Event. Wir wissen alle, wir brauchen nicht noch einen Berliner Politikaward. Aber wir haben gemerkt, dass wir über das Thema Prominente, die für Europa sprechen, eine ganze Menge erreichen können. Wir haben ein einzigartiges Bündnis von Prominenten geschaffen, von Jean-Claude Juncker bis zu Philipp Lahm, bis zu Monica

Fernandes, bis zum TikTok-Star und Schauspieler Helge Mark, die sich als Jury, aber auch als Testimonial dieser Kampagne und diesem European Future Award verschrieben haben. Die Kampagne beginnt in zwei Wochen, und wir laden dazu ein, am 9. Mai am Tipi dabei zu sein, wo wir einen internationalen Star als Vorbild für Europa küren werden. Wir haben eine Umfrage gemacht: 75 Prozent der Menschen wünschen sich mehr Vorbilder, die für ein freiheitliches, solidarisches, diverses Europa sprechen, und es gibt wenig, worauf sich 75 Prozent der Menschen heute einigen können, und wenn sie sich darauf einigen können, sollten wir diesen Impuls, Vorbilder haben zu wollen, verstärken. Das ist eines unserer großen Events, wo wir Berlin als Stadt der Freiheit, als Stadt Europas, als Stadt, wo Europa gelebt wird, in den Vordergrund stellen wollen als Vorbild, wie Europa aussehen kann.

Das zweite große Projekt, das wir machen heißt: Alles Gute zum Europatag! Das ist eine Mitmachaktion, eine Challenge, wo wir die ganze Zivilgesellschaft Berlins einbinden wollen. Wir alle kennen den Europatag, aber machen wir uns nichts vor, die wenigsten Leute können damit etwas anfangen, und wir wollen den Europatag quasi bekanntmachen, wir wollen den Europatag als Challenge nehmen, möglichst viel um den Europatag herum zu machen mit der simplen Idee dieser Grußformel, in der wir uns – Alles Gute zum Europatag! – wünschen, wo jede Bäcker, jeder Verein, jede Institution mitmachen kann, und wir quasi dazu aufrufen, diese Grußformel zu verwenden. Wir wollen das mit vielen Multiplikatoren, auch vielen Institutionen, aber auch vielen Prominenten machen, aber wir wollen vor allen Dingen, vielen Menschen die Gelegenheit geben, über diese Grußformel etwas dazu beizutragen, das so eine Bewegung aus der Europastadt Berlin hinausgeht, wo wir zeigen können: Hier wird Europa gelebt! Hier kann jeder mitmachen! –, und wir planen dazu vielfältige Maßnahmen, Multiplikationsmaßnahmen, wo jeder mitmachen kann, auch die Leute, die sich bei dem Thema fremd fühlen, weil es einfach Spaß macht, dabei zu sein und zu zeigen, was in Berlin schon alles europamäßig läuft.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann haben wir jetzt erst mal Ihre Eingangstatements absolviert. – Herr Staatssekretär, möchten Sie an der Stelle etwas einflechten? – Dann habe ich hier schon eine Redeliste, die werden wir dann abarbeiten, und wie gesagt, Sie sind gebeten, sich die Fragen zu merken oder aufzuschreiben. – Herr Staatssekretär, bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Auch vor allem vielen Dank an Sie drei, auch für den Dank dann Richtung Senat und Senatskanzlei, und den Dank gebe ich sehr gerne zurück! Vielen Dank für die wirklich immer sehr gute Zusammenarbeit! Aber vor allem auch vielen Dank für Ihr Engagement, was einfach in diesem Bereich extrem wichtig ist und auf das wir nicht verzichten können! – Herr Kram, Sie haben eben auch etwas zur Stimmung in der Bevölkerung gesagt und bei den jungen Menschen, dass dort das Vertrauen in die Europäische Union eher nachlässt, die Zustimmungswerte. Umso wichtiger ist es, dass wir Akteure wie Sie haben, die dann dort auf der zivilgesellschaftlichen Ebene wirken können. Ich glaube, ohne das wird es nicht gehen. Allein durch staatliche Institutionen und Medien wird es nicht gehen, sondern wir brauchen dann Organisationen und das Engagement von Ihnen!

Zu den Europawochen von meiner Seite noch mal, um was es eigentlich geht und wie diese Europawochen überhaupt entstanden sind. Es geht zurück auf einen Beschluss der Europaministerkonferenz, eben jährlich und bundesweit diese Europawochen stattfinden zu lassen.

Auch in Berlin sind alle eingeladen, verstärkt und insbesondere in dieser Zeit über europäische Themen ins Gespräch zu kommen und sich zu informieren, Europa im Alltag zu entdecken und den Europatag am 9. Mai dann auch zu feiern. Es ist auch die Gelegenheit, andere Länder und Kulturen kennenzulernen, mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch zu kommen, EU-Projekte zu besuchen und an Mitmachaktionen teilzunehmen, um den europäischen Gedanken in die Stadtgesellschaft zu tragen. Ich will die Gelegenheit nutzen zu erwähnen, was die Pläne unserer Senatskanzlei sind, Stand heute, was die Gestaltung der diesjährigen Europawoche angeht. Die Senatskanzlei – Senatskanzlei heißt in dem Fall unser Fachbereich Europaangelegenheiten – bietet wie jedes Jahr an, alle Aktionen und Veranstaltungen in den tagesaktuellen Berliner Europakalender aufzunehmen, den Sie im Internet finden können unter www.berlin.de/europakalender, um dann auch prominent auf unserer Berlinseite dafür zu werben. Dazu müssen die Angebote der Senatskanzlei auch proaktiv gemeldet werden, und zudem werden wir dann auf der Webseite die Highlights in den Berliner Wochen auch aus allen Bezirken zur Verfügung stellen. Wir selbst planen und laden nach derzeitigem Stand zu zwei Veranstaltungen ein, das ist zum einen die interaktive Lesung zur Buchpremiere – Das beste Europa aller Zeiten, unerhörte Ideen für ein besseres Morgen – am 8. Mai bei uns im Roten Rathaus.

Darüber hinaus planen wir eine EU-Quiz-Night-Show in der Kulturbrauerei am 29. – ich habe hier „Mai“ stehen; möglicherweise ist es April. Das können wir dann im Internet nachlesen. Aktuell wird über eine Pressemitteilung, die entweder heute oder morgen herausgeht oder vielleicht diese Woche schon rausgegangen ist, noch einmal für die Teilnahme an den Europawochen geworben. Auch das ist natürlich verbunden mit der Hoffnung, dass möglichst diese Informationen transportiert, verbreitet und entsprechend beworben werden.

Noch einmal: Ich freue mich, dass wir gemeinsam die diesjährigen Europawochen gestalten. Ich verspreche mir davon sehr viel. Ich habe schon eingangs gesagt, wie wichtig das Engagement gerade der Zivilgesellschaft an der Stelle ist. Dafür stehen Sie vor allem hier in Berlin. Darauf setzen wir. Sie leisten einen ganz wichtigen Beitrag, und ich freue mich, dass wir in diesem Sinne in den nächsten Monaten und in der Zukunft zusammenarbeiten können und ganz konkret dann auch die Europawochen angehen und gestalten können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke sehr! – Dann geht es los mit den Damen und Herren Abgeordneten, und es beginnt Herr Häntsch für die CDU-Fraktion.

Stefan Häntsch (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Zunächst erst einmal recht herzlichen Dank von der CDU-Fraktion an die drei Anzuhörenden für Ihre Impulse, die Sie heute hier in den Ausschuss hineingegeben haben! Im Vordergrund Ihrer Ausführungen von allen dreien stand ein wesentlicher Punkt, nämlich die Erkennbarkeit der Europäischen Union. Das ist in der Tat ein ganz wichtiger Punkt für viele. Herr Dr. Johann hat es gesagt: Die Europäische Union, die EU, ist mit ihren ganzen Ausgestaltungen ein sehr abstraktes Gebilde, was natürlich dazu führt, dass viele Menschen Schwierigkeiten haben, sich mit der EU zu identifizieren, weil sie zum Teil gar nicht wissen, wer dort spricht, wie Kommissionen zusammenhängen, welche Räte hier entscheidend sind. Das macht die Sache nicht einfacher. Insofern ist gerade dieser Europatag, der 9. Mai, der Staatssekretär hat es gesagt, der auf einen Beschluss der Europaminister zurückgeht, ein ganz wichtiger Punkt, auch deshalb, weil er dort an eine Rede von Robert Schuman erinnert, die er 1950 gehalten hat, und diese EU zurückgeht auf Dinge, die seinerzeit zwischen Deutschland und Frankreich begründet wurden. Kluge Männer, in diesem Falle waren es Männer, haben erkannt, dass es so nicht weitergeht, gerade zwischen Deutschland und Frankreich, sondern dass hier ganz andere Signale gesendet werden müssen. Das hat sich bis zum heutigen Tag ausgewirkt. Insofern ist es ganz wichtig, dass wir diesen Europatag feiern, ihn leben und ihn für die Menschen auch erlebbar machen.

Daran schließen sich meine Fragen an, die ich gerne an Sie drei richten möchte, und zwar einmal die Frage, welche konkreten Formate sich denn tatsächlich bewährt haben, um Europa bei den Menschen weiter verständlich zu machen, ihnen das näherzubringen und den Menschen deutlich zu machen, dass Europa etwas Wichtiges ist, etwas, wofür es sich lohnt zu kämpfen und sich dafür einzusetzen.

In diesem Zusammenhang habe ich die Frage, welche Erwartungen Sie denn an die Ausgestaltung der Europawochen auch im kommenden Jahr haben und welche thematischen Schwerpunkte dieses Jahr noch einmal konkret gesetzt werden sollen. Dabei habe ich noch die Nachfrage: Wie verbinden wir Themen wie Europaschulen, Städtepartnerschaften und die politische Teilhabe der vielen EU-Bürgerinnen und -Bürger in Berlin noch klarer mit dem Profil der Hauptstadt Berlin? Auch das ist ein ganz wichtiger Punkt, den ich gern noch von Ihnen beleuchtet haben möchte. Eine Frage ist auch, wie wir verlässliche europapolitische

Partnerstrukturen in unserer Stadt stärken. – Soweit erst einmal von mir. Herzlichen Dank! Ich freue mich auf die weiteren Antworten.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! Es geht weiter mit Frau Dr. Kahlefeld für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Präsentation dessen, was Sie bei den Europawochen vorhaben und was auch das ganze Jahr über passiert. Ich weiß seit vielen Jahren, dass Sie Europa wirklich umfassend im Blick haben, wie es in Berlin gelebt wird. Ich weiß, dass Sie alle sehr guten Kontakt haben zu den europäischen NGOs, zu den Selbstorganisationen, zu den Communities, seien es die Italienerinnen und Italiener, die Roma, die Französinen und Franzosen und so weiter, vor allen Dingen die polnischen Organisationen, das Polnische Haus und so weiter. Mit denen arbeiten Sie ja eng zusammen, und das ist auch richtig so, weil diese Organisationen es sind, die Berlin zu einer europäischen Metropole machen und sie auch mit ihrer Arbeit gestalten. Sie decken da wirklich ein ganz breites Spektrum ab. Es ist keine akademische Frage, was Europa ist, wenn man sich Ihre Veranstaltungskalender anschaut, sondern es geht wirklich um das Leben hier in Berlin. Die Schwierigkeit der Europawochen, so, wie wir sie in den letzten Jahren immer wieder besprochen haben, besteht zum einen darin, diese Selbstverständlichkeit, die etwas Schönes ist, sichtbar zu machen. Wir leben als Europäerinnen und Europäer hier in Berlin tatsächlich zusammen, die, die von der Freizügigkeit profitieren, aber auch die, die Kulturarbeit machen, Bildungsarbeit machen bis hin zu denen, die auch Schwierigkeiten haben, die mit der Freizügigkeit verbunden sind. Also diese Selbstverständlichkeit sichtbar zu machen, ist nicht ganz einfach. Auf der anderen Seite haben wir es in den letzten Jahren immer mehr mit einer Infragestellung Europas zu tun, die innere Aushöhlung durch Leute wie Orbán, die Europa zu einer Beutegemeinschaft machen wollen, aber auch die Tatsache, dass an der deutsch-polnischen Grenze wieder kontrolliert wird und innenpolitische Interessen über den europäischen Gedanken der Grenzfreiheit gestellt werden, ist eine radikale Infragestellung.

Wir haben auch immer wieder drüber gesprochen, entschuldigen Sie, dass jetzt an das anknüpfe, was wir in den letzten Jahren besprochen haben, aber es ist so: Es finden jedes Jahr diese Wochen statt, und wir reden jedes Jahr über die Europawochen, und ich weiß, dass da Lernprozesse stattfinden, aber deshalb knüpfe ich immer wieder daran an. Wir haben viele Schulklassen in Berlin, weil Sie von Jugendlichen gesprochen hatten, wo der überwiegende Teil der Schülerinnen und Schüler Pässe hat, wo ihnen Europa gar nichts nutzt. Selbst wenn sie selbst eingebürgert sind, können sie trotzdem Verwandte nicht einladen, weil die keine europäischen Pässe haben. Das heißt, den Europagedanken in den Schulen zu vermitteln, ist tricky. Es ist auf der einen Seite wichtig und gut, es zu machen, aber man hat mit einer Lebenswirklichkeit zu tun, in der Europa nicht so selbstverständlich gelebt wird wie von den Kindern, die vielleicht sogar in der Biografie eine Gastarbeitergeschichte haben, also ein Vorläufer Europas mit den Freizügigkeiten. Meine Frage ist: Wie gehen Sie damit wieder um?

Dann habe ich vor allen Dingen Fragen an die Senatskanzlei, nämlich Europa ist eigentlich, das habe ich gerade schon versucht zu beschreiben, ein Thema, das man nur ressortübergreifend besprechen kann. Das heißt, wie geht eigentlich die Bildungsverwaltung mit dieser Tatsache um, die ich gerade beschrieben habe, wenn sie Bildungsveranstaltungen zu Europa in die Schulen holt, dass das dort ganz viele Schülerinnen und Schüler sitzen, für die Europa eher etwas Exklusives ist, weil sie davon nicht profitieren? – Ja, ich bin gleich fertig.

Dann die Zusammenarbeit mit den NGOs: Das kann man nicht einfach SenASGIVA überhelfen, weil die die Beratungsarbeit machen, sondern es gibt Kulturarbeit, und es spielt auch in der Wirtschaft eine große Rolle, und die Zusammenarbeit mit den Bezirken, in denen ganz viel zu Europa stattfindet – Meine Frage richtet sich vor allen Dingen an die Senatsverwaltung: Wie ressortübergreifend bearbeiten Sie eigentlich das Europathema?

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Ich will zwischendurch nur kurz daran erinnern, dass ich nach drei Minuten ein Signal an die Damen und Herren Abgeordneten gebe, dass sie wissen, wie die Zeit tickt. – Herr Schatz ist der Nächste für die Linksfraktion.

Carsten Schatz (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, meine Dame, meine Herren, für Ihre Impulse! Es ist in der Tat ein bisschen so wie mit den Europawahlen. Die kommen alle fünf Jahre, und dann plötzlich: Hey, Europa, wir müssen uns mal wahnsinnig damit beschäftigen –, diskutieren vielleicht auch mal das eine oder andere Thema. Alle werden plötzlich ganz aktiv, und hinterher ist dann wieder „still ruht der See“. Ähnlich ist meine Wahrnehmung bei den Europawochen – ich habe heute erst gelernt, dass es jetzt Europawochen sind, bisher dachte ich immer, es ist nur eine, aber egal; man lernt ja nie aus –, wo von Jahr zu Jahr geschaut wird, und es gibt den Projekttag an den Schulen, der sicherlich sinnvoll und wichtig ist, damit Schülerinnen und Schüler mal etwas hören und Europa mal auf die eine oder andere Weise erleben, aber es ist am Ende mehr oder weniger frei, wie das gestaltet wird. Auf der anderen Seite gibt es die Projekte, die Sie machen. Der Senat hat gesagt: Auf der Internetseite, die der Senat anbietet, findet man jetzt schon Veranstaltungen. Der Europäische Polizeikongress steht da mit drauf, ein Vortrag von Joschka Fischer zum Thema „Wer sind wir?“, die F.A.Z.-Europakonferenz und die Quiz Night sind genannt worden. Das habe ich alles gefunden. Das sind sicherlich tolle Dinge, aber ich würde mich der These von Herrn Dr. Johann anschließen. Die entscheidende Frage ist: Wie ist das Haus dahinter, und wie schaffen wir es, europäische Debatten in den Alltag zu integrieren, dort, wo sie hingehören, dort, wo sie im Prinzip stattfinden, wenn wir mal in die Details schauen.

Wir werden nachher noch unter einem anderen Tagesordnungspunkt über die Frage der Arbeitsbedingungen bei Lieferdiensten reden, aber das ist eine Frage, die beispielsweise mit der Plattformrichtlinie eine rechtliche Grundlage hat, auf der die EU versucht hat, Regeln vorzugeben, die, wenn sie in nationales Recht umgesetzt würden oder in den Mitgliedsstaaten angewandt würden, dazu beitragen würden, dass wir mehr soziale Sicherheit haben, und dass für Menschen, die in schwierigen Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen – wir denken alle an die Rider, die hier Essen ausfahren, Einkäufe oder was auch immer, die oft für einen Appel und ein Ei und unter großem Druck arbeiten müssen – mit der Richtlinie eingeführt wurde: Ihr habt ein Recht auf eine Krankenversicherung, Ihr müsst einen Arbeitsvertrag haben, der schriftlich fixiert ist und so weiter –, dass solche Sachen Vorteile sind und dass die Menschen in ihrem Alltag erleben: Ich profitiere von Europa, und zwar nicht erst, wenn ich 100 000 Euro und mehr im Jahr verdiene, sondern alle, die hier sind. Solche Debatten müssen wir das ganze Jahr über stärker führen. Insofern wäre mein Impuls, immer zu schauen, wie wir es beispielsweise schaffen, nicht die Zivilgesellschaft, die sowieso schon europapolitisch angefixt ist, zu vernetzen, das läuft mehr oder weniger gut, sondern die Zivilgesellschaft einzubinden, die sich dem Namen nach und erst mal vielleicht gar nicht so vordergründig mit Europa beschäftigt. Ich will Ihnen mal ein Beispiel nennen.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich rufe zwischendurch mal rein, dass die drei Minuten um sind.

Carsten Schatz (LINKE): Ja, vielen Dank! Schön, dass Sie reinrufen. Ich will das Beispiel trotzdem sagen und dann noch meine Fragen stellen. – Ich hab als Kleingärtner gelernt – – Dort, wo ich als Kleingärtner aktiv bin, in Mitte, im Wedding, ist es so: Da gibt es ein Projekt, das sich mit der kolonialen Vergangenheit des Wedding auseinandersetzt. Das ist ein europäisches Projekt, und die Partner sitzen in Paris. Das finde ich unglaublich spannend, weil da Leute involviert sind und man sich miteinander austauscht: Wie funktioniert die Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit im deutschen Setting, im französischen Setting? Was können wir insgesamt daraus lernen? – Das ist auch gelebtes Europa, ohne dass groß „Europa“ darüber steht. Das finde ich ganz prima, und ich glaube, solche Projekte brauchen wir viel mehr, wo die Leute am Ende sagen: Hey, diese europäische Zusammenarbeit bringt mir etwas. Ich lerne, das ist toll. – In die Richtung würde ich gerne weiterdenken.

Dann vielleicht noch eine kurze Anregung von meiner Seite: Lieber Johannes Kram, dass Sie heute hier sitzen, hat ein bisschen damit zu tun, dass wir letztes Jahr in den Haushaltsberatungen überrascht worden sind, dass der Senat Geld an Ihren Verein geben wollte, und als wir gefragt haben: Wer ist das denn überhaupt? –, hat der Senat uns gesagt: Das wissen wir auch nicht, kennen wir nicht, und wir haben auch keinen Antrag von denen. – Das fand ich spannend. Insofern war uns wichtig, dass Sie heute hier sind und mal sagen, was Sie tun. Die Anregung, die ich geben möchte, ist: Ich glaube, dass es sinnvoll ist, in der Zukunft eher zu schauen, dass wir über Mikroprojekte – –, wo kleine zivilgesellschaftliche Initiativen in den Kiezen Aktionen vor Ort machen können und dafür vielleicht einen kleinen Zuschuss von ein-, zwei-, dreitausend Euro bekommen, aber dafür quer durch die Stadt; das wäre doch eine tolle Idee. Das kann man damit verbinden, Europa zu feiern, weil ich glaube, auch das ist wichtig, die EU mal an der einen oder anderen Stelle zu feiern, auch wenn es vieles zu diskutieren und zu kritisieren gibt, aber die europäische Einigung ist ein großes Projekt, das wir auch ab und zu mal feiern sollten. – Jetzt zu meinen Fragen:

Vorsitzender Andreas Otto: Jetzt sind zweimal drei Minuten um, lieber Herr Schatz.

Carsten Schatz (LINKE): Die kamen ja noch gar nicht.

Vorsitzender Andreas Otto: Ich finde das nicht besonders solidarisch gegenüber allen anderen, die versuchen, sich daran zu halten.

Carsten Schatz (LINKE): Danke für den Hinweis! – Mich würde vom Senat interessieren, welche Veranstaltungen mit Mitteln aus dem Einzelplan 03 unterstützt werden beziehungsweise im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit jenseits der Internetseite Unterstützung erhalten. Die anderen Fragen sind von den Kollegen schon gestellt worden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Weiter geht es mit Frau Atli für die SPD-Fraktion.

Sebahat Atli (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Statements, für Ihren Bericht, für Ihr Engagement, für Ihr Leben für Europa! Wir alle unterstützen das. Sie sehen unsere Flaggen hier. Wir halten sie mit Ihnen hoch und freuen uns,

dass auch in diesem Jahr der Europatag und Europawochen gefeiert werden. Europa ist eigentlich jeden Tag. Europa muss für mich oder für uns als SPD sichtbarer werden. Ich wünsche mir noch mehr Orte, wie die Ansätze da sind, aber wir brauchen noch mehr davon, und zwar an Bushaltestellen, habe ich entdeckt, wenn Europamittel dahin geflossen sind, dass das sichtbar gemacht wird. Wir sind sehr stark dabei, die Jugend zu befähigen, anzustecken und den Europagedanken zu übernehmen, diesen Friedensgedanken, dieses politische Kräfteverhältnis miteinander gemeinsam zu leben. Auch dort vor Ort ist es wichtig zu zeigen, was Europa finanziell vor Ort bewirkt hat. Wenn Wahlen sind, haben wir immer die große Herausforderung, Menschen für Europa zu begeistern, und dann wird uns immer vorgehalten: Was ist denn alles da? Wir sehen und hören nichts. Was tun die denn da? Unsere Stimme wollen sie alle fünf Jahre, und das ist uns einfach zu wenig. – Ich wünsche mir, dass wir ein bisschen stärker auftreten können und die Orte schaffen, wo Stelen stehen oder wo gesagt wird: Diese Gelder haben dazu geführt, dass diese Straße, dieser Ort, diese Bushaltestelle gebaut werden konnte.

Zusätzlich wäre meine Frage, mit welchen weiteren Organisationen und Einrichtungen oder Behörden Sie zusammenarbeiten. Konkret fällt mir die Landeszentrale für politische Bildung ein, die Bundeszentrale auch. Ich denke, da sind Sie sehr eng im Austausch. Ich weiß nicht, ob es heute Thema wurde. Es wäre ganz gut, dass wir, wenn wir direkt in der Zusammenarbeit sind, das noch mal betonen.

An die Senatsverwaltung hätte ich gerne die Frage: Wie werden die Erfolge der Europawochen, der Europatage, des europäischen Gedankens hier in Deutschland erfasst? Haben wir Zahlen, Daten, Fakten, wo wir das für uns ein bisschen bündeln können? Gibt es weitere finanzielle Mittel, um die Sichtbarkeit noch stärker in den Fokus zu nehmen, dass uns die Menschen nicht sagen, dass ist nur einmalig? Immer wieder am 9. Mai leben wir den europäischen Gedanken und halten die Flaggen überall hoch, aber da ist noch ein bisschen Raum nach oben, dass wir noch mehr machen könnten. – Das wären meine Fragen. Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt ist Dr. Bronson an der Reihe für die AfD-Fraktion.

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an Sie für Ihre Beiträge! Ich bin nun seit fast zehn Jahren im Abgeordnetenhaus und ohne Ihre Beiträge schmälern zu wollen, aber das ist im Grunde genommen das, was ich auch schon vor zehn Jahren gehört habe: Sichtbarkeit vergrößern, wir brauchen Pilotprojekte, wir müssen dies, wir müssen das. – Meine Frage an Sie daher: Was glauben Sie Ihrer Meinung nach, warum ist es so schwer, die Idee Europa den Menschen in Berlin näherzubringen?

Vorsitzender Andreas Otto: Das war kurz. Jetzt ist meine Redeliste hier erschöpft. Habe ich irgendjemanden übersehen? Herr Dr. King, Sie möchten auch noch, der fraktionslose Abgeordnete.

Dr. Alexander King (fraktionslos): Ja, ich bin so frei. Danke! Vielen Dank! – Erst einmal: Wir reden immer von Europa, aber gemeint ist eigentlich die Europäische Union. Das ist ja nicht dasselbe. Es gibt einige europäische Länder, die nicht in der EU sind. Mich würde erst mal interessieren, welche Rolle der Kontinent Europa, nicht nur die Europäische Union als politisches Projekt, sondern Europa insgesamt in Ihrer Perspektive spielt.

Dann sehe ich hier sehr viel neuen EU-Nationalismus. Wir haben hier EU-Fähnchen auf dem Tisch. Ich bin gespannt, ob am 3. Oktober oder um den 3. Oktober herum hier überall Deutschlandfahnen zu erwarten sind. Ich hoffe nicht, aber es wäre – Ich finde es ein bisschen befremdlich, aber okay, das ist Geschmackssache. Trotzdem es ist so, dass die Euro-paidee bei der normalen Bevölkerung noch nicht so verankert ist, das haben Sie selbst festgestellt, und dass das Vertrauen sogar nachlässt. Ich habe aber noch nicht so viel darüber gehört, wie Sie das analysieren, woran das liegen könnte. Mich würde interessieren, inwiefern Sie sich auch mit problematischen Entwicklungen innerhalb der EU beschäftigen, und ich möchte ein ganz konkretes Beispiel nennen, das ich hier schon ein paar Mal angesprochen habe, aber wo man nicht so richtig weiterkommt, nämlich die, finde ich, schlimme Möglichkeit, die sich die EU gegeben hat, Personen zu sanktionieren. Zum Beispiel haben wir den Fall eines Berliner Journalisten, Hüseyin Dođru. Da wird wieder gestöhnt, das ist aber wichtig. Gerade gestern hat ein Gericht bestätigt, dass die Banken an das EU-Sanktionsrecht gebunden sind, und dass der Journalist – Dass das hier im Medienausschuss niemanden interessiert, finde ich wirklich skandalös genug, und ich frage mich, ob Sie sich mit solchen Fällen auseinandersetzen. Da geht es konkret darum, dass ein Mensch von der Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, überhaupt nur zu bestreiten, überhaupt nur Geld von seinem eigenen Konto abzuheben, abgeschnitten wird, und dass man sich strafbar macht, wenn man die Person zum Beispiel unterstützt. Es gibt juristische Gutachten von hochrangigen Juristen, die sagen, das ist ein tiefgreifender Einschnitt in die Grundrechte. Man muss sich mal vorstellen: Es ist ja so, dass die betroffenen Personen vor ihrer Listung gar nicht erfahren, dass ihre Listung auf der Sanktionsliste geplant ist. Sie können überhaupt keine rechtlichen Schritte dagegen unternehmen. Das ist totale Willkür, und ich finde, das ist ein Problem, und ich fände es gut, wenn sich Organisationen, die sich mit der EU und ihrer Fortentwicklung beschäftigen, das mal vornehmen würden.

Dann habe ich noch eine Frage an den Senat: Ich habe gesehen, Sie haben unter anderem eine Buchlesung geplant, „Das beste Europa aller Zeiten“ aus dem oekom Verlag, und wollte fragen, nach welchen Kriterien Sie entscheiden, welche privaten kommerziellen Buchverlage beziehungsweise Produkte Sie im Rahmen Ihrer Veranstaltungen promoten, und wie man zu dieser Ehre kommt. Das wäre die Frage an den Senat, und die Fragen an Sie habe ich gestellt. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Ich frage jetzt nicht, ob Sie auch ein Buch geschrieben haben. Wir haben jetzt die Fragen abgearbeitet. Möchten Sie zuerst oder wollen wir den Anzuhörenden den Vortritt lassen? – [Staatssekretär Florian Hauer: Das stelle ich Ihnen anheim!] – Gut, dann lasse ich die Anzuhörenden vor. Wir gehen wieder mit Frau Charenton. – Sie können jetzt versuchen, die Fragen alle zu beantworten.

Emmeline Charenton (Europa-Union Berlin e. V.): Ich werde mir Mühe geben. Es sind ja doch einige. Ich fange vielleicht von hinten nach vorne an. Herr King, Sie hatten gerade einen ganz wichtigen Punkt angesprochen: Europa versus EU. Das ist immer wieder ein Thema. Wir heißen Europa-Union Berlin aus einem Grund, weil Europa mehr ist als die Europäische Union. Es ist auch die Europäische Union, aber Berlin hat sich – Wir arbeiten gerade sehr krass daran, das war in vielen Ihrer Wortbeiträge Thema: Wie kommen wir aus unserer Bubble raus? Wie können wir Europa erlebbarer machen, auch außerhalb derer, die Europa vielleicht schon gut finden? – Wir arbeiten gerade sehr eng mit ukrainischen und auch mit anderen Organisationen zusammen, die zum Beispiel Beitrittskandidatenländer besser vertre-

ten, weil Europa mehr ist als nur die Europäische Union. Wir vertreten die Ansicht, dass der europäische Kontinent so gewachsen ist, wie er gewachsen ist. Die Europäische Union ist ein Gebilde sui generis, das ist etwas Besonderes, aber es ist noch nicht vollendet, da, wo wir vielleicht sein könnten. Deswegen ist Europa mehr als nur die Europäische Union, und deswegen haben wir auch einen Fokus darauf, mit anderen Organisationen zusammenzuarbeiten und dieses Verständnis dafür zu schärfen. Gleichzeitig sind wir ehrenamtlich aktiv. Wir haben einen Vorstand, der momentan zwölf Mitglieder zählt und zwei Hauptamtliche, die insgesamt noch nicht mal 100 Prozent haben beziehungsweise mit den Ressourcen, die wir haben, zurechtkommen müssen. Ich kann aus der Erfahrung sagen: Ich arbeite hauptamtlich Vollzeit und mache das Ehrenamt aus Überzeugung. Insofern müssen wir schon schauen, wie wir die Projekte, die wir machen, umsetzen können. Das heißt, es ist schwierig, sich noch mit Einzelfällen zu beschäftigen, wie Sie es gerade geschildert haben. Es ist wichtig, zweifellos, nur da kommt dann ein bisschen das ins Spiel: Was ist das größere Bild und – viele von Ihnen hatten es angesprochen –, wie schaffen wir es, Europa auch in Berlin mehr zu verankern?

Das ist vielleicht eine gute Überleitung zu Ihnen, Herr Bronson. Sie hatten gesagt, Sie hören das Gleiche schon sehr lange. Ja, natürlich, weil wir immer wieder – Die Idee sind wird ja nicht alt, und das sind Projekte und letztlich Veranstaltungsformate, die funktionieren.

Damit komme auf die allererste Frage von der CDU zu sprechen: Was funktioniert gut? – Das sind Projekte und Veranstaltungen, die die Menschen dort abholen, wo sie sind. Christian Johann hat es angesprochen: Es sind vor allem die Formate, wo Menschen in ihrem Kiez, vor Ort – von der Linken wurde es auch angesprochen –, dass es hier erlebbar und sichtbar wird, dass man, seien es Schilder, seien es Führungen, seien es Spaziergänge, irgendwelche Formate, wo man leicht dazu kommt, und das sind Dinge, die funktionieren. Ich würde auch sagen, weil das mehrfach angesprochen wurde, die Zustimmungswerte zur EU sind gar nicht so schlecht. Die Eurobarometer-Umfragen sagen sehr deutlich, dass wir hohe Zustimmungswerte zur EU haben, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern EU-weit, aber was wir haben und was wir erleben, ist eine Verkomplizierung, eine wahnsinnige Komplexität unserer Welt, in der wir gerade leben, mit allen bewaffneten Konflikten, die wir erleben, mit Inflation, mit erhöhten Preisen. Wir haben ganz pragmatische Themen, mit denen Bürgerinnen und Bürger konfrontiert sind, sei es Wohnungssuche, seien es Lebenshaltungskosten, und das sind natürlich Themen, die einen direkt betreffen und wo es natürlich sehr schwer wird zu sagen, die EU macht das, und alles ist super toll, und es ist alles happy. Nein, natürlich nicht. Wir müssen Antworten finden beziehungsweise, und das ist natürlich auch ein Appell an Sie als Politikerinnen und Politiker in Europa nicht nur in dieser Europawoche, sondern grundsätzlich mitzudenken und auch zu vermitteln. Das versuchen wir, aber das ist, glaube ich, eine kollektive Aufgabe, die wir alle an der Stelle haben und natürlich spielt das mit hinein.

Vielleicht eine Sache noch, weil es auch angesprochen wurde, zu den Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, letztlich alle, mit denen wir Europa machen können. Wir haben natürlich die Landeszentrale für politische Bildung, klar, auch die Bundeszentrale, wir arbeiten sehr eng mit den Bezirksbeauftragten für Europa zusammen, aber auch mit ganz vielen Vereinen, mit Stiftungen. Wir hatten vergangenes Jahr mit dem Aspen Institute, der DGAP und auch der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Kooperation. Das wandelt sich immer zu dem, was wir gerade auf die Beine stellen können, welche Veranstaltungen es gibt, aber wir sind da eigentlich sehr offen, weil wir natürlich die Synergien nutzen müssen. Die Europäische Akademie ist natürlich einer unserer Hauptpartner.

Vielleicht ein letzter Satz, und dann würde ich abgeben, weil ich es nicht monopolisieren möchte: Es ist schon so, dass wir natürlich versuchen, Europa erlebbar zu machen und auch Projekte zu finden, die es möglich machen, Europa zu erleben. Die Europa-Union Berlin hat sich auf die Fahnen geschrieben, auch die Nähe zu Polen zu nutzen und da auch mal rüberzufahren, und zwar nicht unbedingt, um politischen Institutionen zwingend zu begegnen oder mit dem Bürgermeister zwingend in Kontakt zu kommen, sondern mit Menschen vor Ort, um zu schauen: Wie geht es euch gerade? Was sind eure Themen, was sind unsere Themen? Wo kommen wir zusammen? –, um festzustellen: Letztlich haben wir alle ähnliche Probleme, auch wenn wir andere Sichtweisen darauf haben. Ich kann nur sagen, ich bin seit zehn Jahren für Europa aktiv. Ich bin selbst Deutsch-Französin. Mein Urgroßvater war italienischer Gastarbeiter in Frankreich. Meine deutschen Großeltern kommen aus Schlesien. Ich habe ein durchaus sehr europäisches Profil, und für mich ist es in andere Länder reisen und das zu erleben, und das machen auch unsere Jugendorganisation, die JEF, aber auch die Europa-Union, und ich glaube, damit können wir sehr viel erreichen.

Vorsitzender Andreas Otto: Vielen Dank! – Weiter geht es mit Dr. Johann.

Dr. Christian Johann (Europäische Akademie Berlin): Vielen Dank für die sehr guten Fragen und für das Geleit, das Sie uns damit geben, um einmal besser zu erklären, wie unsere Arbeit funktioniert. Die Europäische Akademie Berlin ist 1963 gegründet worden. Es ist eine rein Berliner, damals noch eine Westberliner Einrichtung, die als Reaktion auf den Bau der Berliner Mauer gegründet wurde und die versucht hat, diese Mauer zu überwinden und Brücken zu bauen, vor allem nach Zentral-, Mittel- und Osteuropa, Brücken, die ganz am Anfang nur abstrakt sein konnten, schon aufgrund der Mauer und der Teilung durch den Kalten Krieg, und die sich aber dann im Nachgang mit dem Fall der Mauer, auch wieder in die Berliner Geschichte, europäisiert haben und mit denen, mit diesen Brücken, wir heute Menschen zusammenbringen, und zwar nicht nur im Sinne der Europäischen Union. Das will ich auch ganz klar sagen. Es wurde schon mehrfach gut erklärt, dass das für uns keineswegs deckungsgleich ist.

Die Europäische Union ist das wichtigste politische Gebilde auf unserem Kontinent, sie ist die wichtigste politische Formation. Es ist Staatsziel der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 23, diese Europäische Union zu fördern und weiter zu integrieren. Aber für uns hört Europa nicht an den Grenzen der EU auf, und für uns hört auch unser Satzungszweck Völkerverständigung nicht an den Grenzen Europas auf. Die Europäische Akademie Berlin unterstützt die Bundesregierung zum Beispiel auch in Formaten wie dem Deutsch-Chinesischen Dialogforum. Eine Frage, die wir uns da auch anhören, ist: Was hat das mit Europa zu tun? – Aber es hat sehr viel mit Europa zu tun, auch zu verstehen, wie andere Nationen und Menschen in anderen Ländern auf Europa blicken, wie sie auf Berlin blicken. Neben dem Deutsch-Chinesischen Dialogforum organisieren wir zugleich die Deutsch-Taiwanische Dialogplattform. Die Menschen in Taiwan haben ein sehr klares Bild von Freiheit, Zukunft, von dem, was die Gesellschaft ausmacht. Wir können davon sehr viel lernen, nicht nur als Berlinerinnen und Berliner, sondern auch als Europäer.

Weil Sie nach den bewährtesten Formaten gefragt haben, will ich Ihnen nur zwei, drei Highlights mitgeben und auch Werbung dafür machen, derlei Formate zu unterstützen. Vielleicht als Klammer auf: Wir setzen ungefähr 150 bis 200 Projekte und Veranstaltungen pro Jahr um. Ich kenne die meisten davon; ich könnte jetzt von vielen davon erzählen, ich werde es nicht tun. Einige unserer Lieblingsprojekte laufen gerade an. Das sind vor allem Formate, in denen wir junge Menschen über längere Zeiträume zusammenbringen. Jetzt gerade haben wir bei uns in der Akademie Gäste aus Zypern und Irland, jeweils sechs junge Menschen, die auf sechs junge Menschen aus Berlin und Deutschland treffen. Zypern und Irland haben wir wegen der Ratspräsidentschaften ausgewählt. Wir folgen in unserer Arbeit den Konjunkturen dessen, was gerade in der Welt passiert. Wir folgen in unserer Arbeit und der strukturellen Festlegung, was wir machen, immer auch den Fragen der Menschen; darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Diese 18 Personen, die sich jetzt bei uns in Berlin treffen, werden sich danach in Dublin wiedertreffen, und sie werden sich dann in Nikosia treffen. Sie schauen in Redaktionsräume von klassischen, aber auch von modernen Medienoutlets. Sie versuchen, besser zu verstehen: Wie wird man eigentlich Journalist? Wie berichtet man heute gut über Europa? – Denn da haben wir durchaus noch Nachholbedarf, Europa auch in den Medien sichtbar zu machen, in den Nachrichten den Stellenwert zu geben, den es verdient. Über diese Zeit und über das thematische Interesse finden diese jungen Europäerinnen und Europäer zusammen und lernen einander kennen. Wir glauben fest daran, dass sie darüber Netzwerke bilden und bauen, die für die Zukunft halten und tragfähig sind.

Es sind neben den Jugendlichen, die wir dort ansprechen, auch Young Professionals, so nennt man sie, Menschen, die gerade aus der Uni rausgekommen sind. Eines unserer erfolgreichsten Projekte heißt Czech-German Young Professionals Program, es bringt junge Menschen aus Tschechien und Deutschland zusammen. Das läuft jetzt über 17 Jahre. An diesem Projekt erkennt man sehr gut, wie derlei Fellowshipprogramme oder auch Unterstützungs- und Vernetzungsprogramme funktionieren. Die funktionieren nämlich erst nach einer bestimmten Frist. Die funktionieren erst, wenn die Teilnehmenden in einen Raum – wie diesen – kommen und sehen: Ah, hier gibt es drei, vier Alumni, die auch an diesem Projekt teilgenommen haben. – Denn in dem Moment gewinnt es Authentizität, und das ist etwas, was Europa unbedingt braucht. Es braucht Persönlichkeiten, es braucht die Orte, es braucht auch mal das Schild „Diese Brücke oder diese Bushaltestelle wurde gebaut mit Mitteln der Europäischen Union“, das ist auch wichtig, aber Europa braucht vor allem Menschen, die mit Haltung dafür stehen, dass sie an Austauschformaten mit Nachbarn wie aus Polen oder Tschechien teilgenommen

haben. Das sind dann Menschen, die inspirieren können und die vor allem jungen Menschen eine Richtung und eine Linie geben können, an der man sich orientieren kann, der man nicht eins zu eins folgen muss, aber an der man sich orientieren kann.

Weil ich über Konjunkturen gesprochen habe, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass wir in diesem Jahr mit vielen Partnern ein Weimarer Kolleg ins Leben gerufen haben, wo Menschen aus diesen drei Ländern, die in diesem Jahr die Gründung des Weimarer Dreiecks zum 35. Mal feiern, sich begegnen, wo der Austausch über diese Achse Frankreich, Polen und Deutschland intensiviert werden soll und wo wir uns bemühen, nicht nur jungen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen, sondern auch möglichst breit und offen darüber zu reden. Es wird mit öffentlichen Veranstaltungen und auch den entsprechenden Werbematerialien flankiert. Soll heißen, alles, was wir tun, orientiert sich an den Fragen der Menschen, die Sie sich auch stellen, die wir uns stellen, die Sie gestellt bekommen, das ist mir durchaus bewusst.

Ich wollte, weil es anklang, über Nachhaltigkeit oder auch über die Frage sprechen: Was ist in den letzten zehn Jahren passiert? Es klingt immer wieder ähnlich, was wir hier erzählen. – Das stimmt, aber es zeigt auch, dass wir auf dem aufbauen, was vor zehn Jahren passiert ist. Vor zehn Jahren ist der Kulturzug Berlin-Breslau ins Leben gerufen worden. Dieser Kulturzug feiert in diesem Jahr zehnjähriges Jubiläum. Er ist das beste Beispiel, das man sich für den deutsch-polnischen Austausch vorstellen kann, der niedrigschwellig ist, der immer wieder Menschen mit in diesen Waggon reinzieht, die vielleicht gar nichts damit zu tun haben wollten, die aber dann aus dem Zug nicht so ohne Weiteres leicht rauskommen. Dieser Kulturzug Berlin-Breslau feiert zehnjähriges Jubiläum. Das ist eine gewachsene Partnerschaft zwischen zwei Städten. Das ist eine Partnerschaft, die jetzt auf Berlin-Warschau erweitert werden soll, also auf eine echte Partnerstadt Berlins. Dann hat man auch noch mal einen Haken, den man als Land Berlin machen kann. Das sind Dinge, die über Jahre wachsen, die dann auch über Jahre funktionieren, wenn sie langfristig angelegt sind.

Zu den Partnern, mit denen wir zusammenarbeiten: Keines dieser 150 bis 200 Projekte machen wir alleine. Wir haben immer Partner dabei, am liebsten aus der Stadt, von kleinen und divers gedachten Vereinen, wie Wahlheimat e. V. zum Beispiel, die sich genau um diese Fragen bemühen: Wie findet man Zugang zum Wahlrecht? Wie können diese 1,4 Millionen Menschen, die in Berlin nicht wählen dürfen, davon 800 000 Volljährige, sich politisch beteiligen und nicht den Glauben an Politik verlieren? –, bis hin zur Polizei Berlin, die wir in ihrer Europäisierung unterstützen. Bei Konferenzen haben wir ein breites Spektrum an Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten und die in diesen Jahren – auch das wissen Sie – vor allem fragen: Wie können wir sicher leben? Wie sichern wir uns in Zukunft diese Freiheit, die wir hier in Berlin haben?

Das wiederum baut auch auf etwas, was wir in der Vergangenheit bei den Menschen in ganz Europa abgefragt haben. Das hat im Zuge der Europäischen Konferenz zur Zukunft Europas stattgefunden, wo in einer groß angelegten europaweiten Kampagne Menschen gefragt wurden: Was sind die Topthemen? Wenn Ihr an Europa denkt, welches Problem soll Europa lösen? – Es ist nicht die Währung, und es ist nicht die Sicherheit an den Außengrenzen. Es waren Dinge wie die mentale Gesundheit. Mentale Gesundheit war auf Platz eins. Daran sieht man, wie sehr Europa davon wekommt, Außenpolitik zu sein, sondern dahin, das Alltägliche zu berühren. Wie die Steckdosen geformt sind und ob es einen USB-C-Anschluss gibt, ist keine Frage der Außenpolitik, das sind Wirtschaftsfragen. Fragen des Alltäglichen, wie men-

tale Gesundheit gestärkt und gefördert werden kann, wo man sich Hilfe holen kann, all das sind Fragen, die Menschen auch bewegen, wenn sie an Europa denken. Das sind Fragen, bei denen Europa Antworten finden muss. Wir haben diese Antworten nicht, aber wir kennen die Leute, die sie gemeinsam entwickeln können. Das ist eine Aufgabe, die vor allem auch in den Europawochen hier in Berlin bei uns ganz weit oben auf dem Programm steht. – Vielen Dank für die Fragen!

Andreas Otto (GRÜNE): Danke schön, Herr Dr. Johann! – Wir machen weiter mit Herrn Kram.

Johannes Kram (Tu was für Europa e. V.): Vielen Dank für die Fragen! Ich möchte direkt am Anfang anfangen, Herr Häntsch, genau bei der Frage, die Sie gestellt haben, welche Formate funktionieren, was ein Thema wäre, das man mit Berlin verbinden kann. Ich nutze die Gelegenheit, auf das, was ich eben kurz sagte, noch mal genauer einzugehen. Wir haben uns bei unserer Kampagne rund um den Europatag, „Unsere Zukunft: Europa“, überlegt: Wie bekommen wir unsere Protagonisten dazu, über Europa konkret zu sprechen? Wie bekommen wir das Thema Europa heruntergebrochen, wo nicht jeder alles erzählt, was alle erzählen? – Wir haben gemerkt, dass der Schlüssel dazu ist, über persönliche Freiheiten zu sprechen. Beim Thema persönliche Freiheiten wird jedem ganz klar, wo Europa den Unterschied macht und warum wir Europa brauchen.

Diese Frage, was meine persönlichen Freiheiten sind, beantwortet jeder anders. Aber wenn wir den Menschen die Gelegenheit geben, über ihre persönlichen Freiheiten zu sprechen, wo sie merken, dass ihre persönlichen Freiheiten gerade angegriffen werden, wird jedem bewusst, wie wichtig es ist, Europa zu stärken, und dass es, egal wie man zur EU steht, fatal wäre, den europäischen Weg nicht gemeinsam zu gehen. Ich glaube, da ist auch die große Chance für die Europastadt Berlin, denn es gibt keine andere Stadt in Europa, die so sehr für Freiheit steht. Hier ist die deutsche Einigung, aber auch die europäische Freiheit durch die Überwindung des kalten Krieges vollzogen worden. Wir haben hier in Berlin die Möglichkeit zu zeigen, wie man Freiheit übersetzen kann, was das konkret heißt, wie man nebeneinander leben und gemeinsam leben kann, wie das zusammen geht. Wir haben das Alleinstellungsmerkmal.

Es gibt ganz viele Debatten, wie Europa besser werden kann. Wir als Organisation beteiligen uns ganz bewusst nicht an dieser Debatte, sondern versuchen mit all unserer Kraft, die Möglichkeit zu schaffen, das, was an Bedürfnis und an Gefühl für Europa schon da ist, zu stärken. Wir haben es letztes Jahr und auch in den letzten Jahren geschafft, das bundesweit wohl sichtbarste Event zum Europatag zu machen. Wir haben auch dieses Jahr wieder den Anspruch, das mit sehr kleinem Team erneut zu schaffen. Das erreichen wir, indem wir diese Anlässe schaffen, wo wir ganz konkret darüber reden, wo Europa den Unterschied macht. Ich möchte dazu motivieren und gerne dazu einladen, Carsten Schatz, natürlich auch, indem wir zu individuellen Mikroprojekten einladen, indem wir immer wieder das gemeinsame Erleben versuchen, wo es nicht politisch ist.

Was im Kleingärtnerverein passiert, das passiert bei uns im Chor. Ganz kurz zu unserem Chorprojekt: Wir leben 100 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Wer von uns kann Polnisch von anderen Sprachen direkt unterscheiden, oder Tschechisch oder Ungarisch? – Wir haben es mit unserem Chorprojekt geschafft, dass Leute aus den verschiedensten europäischen Hintergründen gemeinsam gesungen haben, die zum ersten Mal diese Sprachen in den

Mund genommen haben, nicht, indem sie das lernen mussten, sondern indem wir ihnen eine Möglichkeit gegeben haben, mit einem Europamedley in diesen Sprachen zum ersten Mal gemeinsam zu singen. Es gibt ein Video auf Youtube, das zu sehen, macht unglaublich glücklich, zu sehen, wie schön es ist, diese Möglichkeit zu haben, Nähe zu schaffen, sich über Sprache und Begegnungen mit anderen Menschen zu befassen. Das sind alles Sachen, die so pathetisch klingen, aber die sind ganz konkret. Die zeigen uns, dass Leute immer wieder zu unseren Events kommen, weil sie sagen: Zum ersten Mal spüren wir, was Europa sein kann und was wir auf gar keinen Fall vermissen wollen.

Wir arbeiten mit allen möglichen Organisationen zusammen, sind aber auch dankbar für neue Kooperationen. Wir wollen vor allen Dingen Begegnungen schaffen. Der European Future Award soll ein Ereignis werden, wo jeder von Ihnen da sein soll und auch die Projekte mitbringen soll, die dort sein sollen, gerade auch, was Schulen, Schülerinnen und Schüler und so weiter betrifft.

Für uns ist Europa nicht nur die EU. Wir wollen Europa als Bewegung, als Gefühl, als gemeinsame Herausforderung in den Vordergrund stellen. Wir haben das Gefühl, dass wir das mit unseren Projekten sehr gut machen und dass wir konkret sein müssen, aber dass wir trotzdem auch in die Medien kommen müssen. Wir müssen in die Medien kommen, und die Medien interessieren sich nicht dafür, machen wir uns nichts vor, deswegen nutzen wir es – es ist nicht sehr kreativ –, mit Promis zu arbeiten, und es funktioniert. Wir versuchen, Promis unterschiedlichster Art zusammenzukriegen, die mit uns gemeinsam, mit den Schülerinnen und Schülern, mit den Leuten, die aktiv sind, dieses Thema wuppen. In dieser Mischung wollen wir das auch in diesen Europawochen voranbringen.

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt haben wir abschließend noch den Staatssekretär Hauer. Auch an Sie wurden Fragen gerichtet. – Bitte schön!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank! – In der Tat, ich habe mir die notiert und versuche, die abschließend zu beantworten und mich vielleicht mit dem Blick auf die Uhr möglichst kurzzufassen. Ich fange der Reihenfolge nach mit Frau Dr. Kahlefeld an. Sie hatten vorhin auch nach der Frage des ressortübergreifenden Ansatzes gefragt. Das ist absolut richtig, Europapolitik ist bei uns auch im Land Berlin, im Senat, in der Verwaltung ein Querschnittsthema, eine Querschnittsaufgabe. Deswegen versuchen wir als Senatskanzlei, weil wir auch das zuständige Europaressort sind, möglichst ressortübergreifend die Dinge anzugehen.

Es gibt verschiedene Instrumente und Ebenen, natürlich auch auf der politischen Ebene, sei es bei uns in der Staatssekretärskonferenz, dort haben wir immer wieder die Gelegenheit, darüber zu diskutieren, dass wir Projekte vorstellen, dass wir uns über Projekte austauschen, dass wir auch die Fachverwaltungen, die verschiedenen anderen Ressorts aufrufen, europapolitische Themen aus ihren Häusern vorzustellen und darüber zu diskutieren. Wir haben natürlich unser Berliner Büro in Brüssel, das auch ein Stück weit ressortübergreifend arbeitet, weil es im Austausch mit den anderen Verwaltungen ist und dort auch Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Verwaltungen sitzen.

Wir haben aber nicht nur das, ich will das also nicht nur auf diese Ebene beschränken. Ich will an dieser Stelle aber vielleicht erwähnen, dass wir die Europastrategie vorgestellt haben, wo wir auch dieses Thema adressiert haben, ein Stück weit auch unter der Überschrift „Berlin

denkt Verwaltung europäisch“. Wir haben einige Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen aufgezählt. Die sind teilweise noch in Vorbereitung und Planung, teilweise sind sie bereits umgesetzt. Ich will jetzt das hier einfach nur auf die Schnelle, weil ich das nicht im Kopf hatte, erwähnen. Wir haben die Weiterführung der Fortbildung „Europa mitdenken“, wir haben die Benennung von EU-Referentinnen und -Referenten sowie EU-Beauftragten in allen Senatsverwaltungen und nachgeordneten Behörden sowie den Bezirksverwaltungen. Wir haben die Abstimmung der Berliner Europapolitik durch regelmäßigen Austausch der EU-Referentinnen und -Referenten sowie der EU-Beauftragten der Bezirksverwaltung. Wir haben auch regelmäßige ressortübergreifende Besprechungen. Wir haben natürlich auch das Thema Ausbildung, wo wir dieses Thema gezielt setzen, und wir haben natürlich auch die europabezogene Entsendung von Personal aus der Berliner Verwaltung insbesondere in Fokusländer. Ich kann auch sagen, dass wir in diesem Jahr Polen als Fokusland wählen werden. Das heißt, wir werden gezielt Berliner Personal nach Polen entsenden beziehungsweise die Entsendung unterstützen.

Es gibt also einiges, was wir tun. Gleichwohl ist die Bearbeitung der ganz konkreten Themen, die Sie genannt haben, etwa im Bereich der Schulen und der Menschen, die zum einen Ausländer sind und auch keine EU-Staatsbürgerschaft haben, vor allem Sache der Bildungsverwaltung – das ist Ressortpolitik –, sich um diese Dinge zu kümmern. Ich bitte um Nachsicht, dass ich im Einzelnen gar nichts dazu sagen kann, und meine Bitte ist, dass Sie vielleicht das Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Bildungsverwaltung suchen, um dann diese ganz konkreten Fragen und Anliegen, die Sie haben, zu vertiefen.

Herr Schatz, Sie hatten zu Beginn – es war gar nicht eine direkte Frage an mich, aber Sie hatten es genannt – das Fehlen von europäischen Debatten bedauert, wenn ich es richtig verstanden habe, oder auch gesagt, dass wir das fördern sollen. Mein Eindruck an der Stelle ist, dass wir dort als in dem Falle Landesregierung – – Wir alle wünschen uns das, mehr europäische Debatten, einen europäischen Raum der Debatten. Den gibt es in der Tat heute noch nicht. Meine Erklärung dafür ist, dass wir bis heute keine wirklich europäische Öffentlichkeit, keine wirkliche europäische Identität haben, was vielleicht auch mit der Sprache zusammenhängt, was aber auch die Organisation der politischen Räume angeht. Wenn sich in Deutschland Menschen mit Politik auseinandersetzen, dann vor allem mit dem, was im Bundestag passiert, und dem, was der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin tut. Das ist die politische Wahrnehmung. Das wird in anderen EU-Mitgliedsstaaten genauso sein. Das, was im Europäischen Parlament oder in der Europäischen Kommission passiert, auch wenn es für die Menschen viel konkretere und vielleicht viel weitreichendere Auswirkungen hat, spielt für die Menschen keine Rolle, weil es nicht diese europäische Identität, diese europäische Öffentlichkeit und diesen europäischen Debattenraum gibt. Die einzige Ausnahme, die ich sehe, wo das anders ist, ist im Bereich des Fußballs. Bei der europäischen Champions League gibt es so etwas wie eine europäische Identität im europäischen Raum, darüber identifizieren sich dann die Fußballfans.

Aber noch mal: Ich wünsche mir das auch. Ich weiß nicht, ob uns das gelingt, ich befürchte aber, dass wir vor allem als Regierung nur bedingt darauf einwirken und das fördern können. Wenn Sie Ideen haben, bin ich dankbar für Vorschläge, wie wir dort vorankommen können. Auf der anderen Seite – das ist ein Stück weit paradox – spüren die Menschen einen Nutzen und genießen jeden Tag die Vorteile der europäischen Integration, wir haben vorhin darüber gesprochen, ob das jetzt das Roaming bei den Mobilfunkverträgen ist, ob es das Privileg, der

Komfort ist, dass man, wenn man in die meisten EU-Mitgliedsstaaten reist, sein Geld nicht umtauschen muss. Ich bin letzte Woche in Polen gewesen, da merkt man, dass es manchmal auch anders ist und dass es einen dann gleich wieder vor Herausforderungen stellt, weil man umrechnen muss. Ich glaube, und insofern ist das ein Stück weit paradox, dass die Menschen die Vorzüge der europäischen Integration sehr wohl spüren und auch schätzen, sich aber trotzdem die europäische Identität an der Stelle nicht einstellt.

Sie hatten ganz konkret noch nach weiteren Projekten gefragt, die wir fördern, ich glaube, die Abgeordnete Atli hatte auch danach gefragt. Auch da kann ich sagen: Wir haben natürlich neben den schon genannten Europawochen das ganze Jahr über eine Vielzahl von Einzelprojekten, die wir fördern. Ich subsummiere es jetzt mal unter dem Begriff Mikroprojekte: Wir haben insgesamt dafür 300 000 Euro eingestellt. Das, wie gesagt, verteilt sich über ganz Berlin. Da sind Organisationen, Vereine et cetera, aufgerufen, sich dort zu bewerben, um die entsprechenden Mittel zu bekommen. Die Förderaufrufe laufen. Wir haben den Bezirkseuropafonds, mit dem die Bezirke jeweils 10 000 Euro pro Bezirk erhalten. Wir haben natürlich auch die institutionelle Förderung. Heute ist die Europäische Akademie hier, die durch den Senat, durch die Senatskanzlei sehr erheblich gefördert wird, die dadurch im Interesse Berlins viele Projekte betreibt. Herr Dr. Johann hat eben dazu schon ausführlich berichtet, was dort alles in diesem Bereich gemacht wird. Ich glaube, ich muss an der Stelle gar nicht weiter vertiefen oder erwähnen, dass uns als Senatskanzlei das extrem viel bedeutet und für die europäische Öffentlichkeitsarbeit ein extrem wichtiger Bausteinbeitrag ist.

Ganz kurz, Sie hatten vorhin die EU Quiz Night Show angesprochen: Ich war vorhin in meinem Eingangsstatement nicht ganz sicher, was das Datum angeht. Ich habe jetzt noch mal geschaut, das ist in der Tat der 29. Mai. Es sind die Europawochen, die sich durch den ganzen Mai beziehungsweise von Ende April bis Ende Mai ziehen.

Frau Atli, Sie hatten nach der Messbarkeit gefragt. Mir ist jetzt ad hoc nicht bekannt, dass wir dort irgendeine Form von institutionalisierter Evaluation der Projekte haben. Sicherlich schauen wir auch, wie die Projekte angenommen werden, wie die Nachfrage nach Projekten ist. Daran orientieren wir uns dann, auch wenn wir das nächste Jahr planen. Wir überlegen uns dann auch, ob es sinnvoll ist nachzuschärfen, ob es vielleicht mal sinnvoll sein kann, etwas wegzulassen. Aber wir erfassen das nicht automatisch, messen und evaluieren nicht, wie das funktioniert, das ist mir zumindest nicht bekannt.

Die letzte Frage, Herr Dr. King, war zur Lesung, wenn ich es richtig verstanden habe. Ich habe jetzt aber nicht herausgehört, dass Sie sich mit Ihrem Buch dort bewerben wollen, so war das, glaube ich, nicht von Ihnen gemeint. Aber nein – Spaß beiseite! –, wir promoten keine Verlage, das ist nicht der Ansatz, sondern es geht um die Lesung von konkreten Buchprojekten. Es liegt natürlich einfach in der Natur von Büchern, dass sie meistens von einem Verleger herausgegeben werden. Es ist für uns an der Stelle aber nicht relevant, wer der Verlag ist, der dieses Buch herausgegeben hat, sondern es geht um das jeweilige Buch, darum, dass das ins Konzept passt und dass dieses Buch idealerweise, wenn wir über Europawochen sprechen, zum einen einen europäischen Bezug hat, und es ist sicherlich auch nicht hinderlich, wenn es ein proeuropäisches Buch ist, das also eher die europäische Idee einbettet.

Ich schaue mal: Zumindest nach meinen Notizen habe ich, hoffe ich, die Fragen abschließend beantwortet. Ich möchte noch mal mit einem Danke an die Dame und die beiden Herren ab-

schließen, dass Sie heute zu uns gekommen sind und Ihre wichtige und wertvolle Arbeit vorgestellt haben. Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Das kann ich im Namen des Ausschusses nur bekräftigen. Wir freuen uns, dass Sie da waren und uns Rede und Antwort gestanden haben, wünschen Ihnen viel Erfolg, nicht nur in der Europawoche, und werden uns sicher bei dem einen oder anderen Termin treffen. – Danke schön!

Damit würden wir Sie entlassen. Sie können aber gerne dem weiteren Geschehen hier zuhören, weil wir uns noch Berlin und den Freihandelsabkommen, die mit der EU einen sehr engen Bezug haben, widmen werden.

Ich müsste noch klären: Haben wir TOP 4 damit dann abgeschlossen? – Ja. Das Wortprotokoll kommt, und man kann das aufgreifen, aber der Tagesordnungspunkt ist abgeschlossen. Danke schön!

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Auswirkungen der EU-Freihandelsabkommen auf Berlin

(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0241](#)

BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Wir hatten darum gebeten, dass die Wirtschaftsverwaltung vertreten ist, möglichst auf Staatssekretärebene. Das ist nicht gelungen, weil die heute alle ganz wichtige andere Dinge vorhaben, aber sie haben uns Herrn Becirovic geschickt. Ich begrüße als Anzuhörende Frau Gosia Binczyk, sie ist stellvertretende Leiterin bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Herzlich willkommen! Ich glaube, wir hatten noch nicht das Vergnügen, insofern ist es sehr schön, dass Sie da sind. Dann haben wir Herrn Dr. Thorben Gottschalk, Bereichsleiter Wirtschaft & Politik bei der IHK Berlin, hier. Wir hatten Frau Schreiner eingeladen, und sie kann das aus Termingründen heute nicht möglich machen. Sie hat gesagt, sie hat jemanden, der sich sehr gut auskennt, und das sind Sie, Herr Dr. Gottschalk. Herr Durand ist der Begleiter. Er hat kein Schild und darf auch nichts sagen. Aber Sie dürfen gefragt werden, wenn Frau Binczyk moralische Unterstützung benötigt.

Der Ablauf ist folgender: Zunächst gibt es eine Begründung von den einreichenden Fraktionen, die das hier heute auf die Tagesordnung gebracht haben, das waren die CDU und die SPD. Dann frage ich den Staatssekretär, der gerade kurz mal draußen ist, sicherlich aber gleich wieder erscheint, ob er namens des Senats zu Anfang etwas sagen möchte. Dann sind Sie mit einem kurzen Eingangsstatement an der Reihe, und dann machen wir eine Fragerunde. Die Damen und Herren Abgeordneten stellen Fragen, und Sie sind gebeten, sich diese zu merken oder zu notieren und dann in einem zweiten Statement zu beantworten.

Zum Zeitrahmen: Wir haben uns mit der vorherigen Anhörung ein klein bisschen verplaudert. Eigentlich wollten wir mit Ihnen um 11 Uhr anfangen, jetzt sind wir ein bisschen später. Wir

müssen mal schauen, wie wir das hinbekommen. An sich ist unsere Sitzungszeit drei Stunden, bis 12.30 Uhr. Wir schauen mal, ob wir ein paar Minuten überziehen. Wir haben allerdings auch noch ein paar andere kleine Punkte. Das klären wir dann, aber jetzt, würde ich sagen, legen wir erst mal los mit der Begründung, und dann kommen wir zu den Anzuhörenden. Wer macht das? – Herr Häntsch für die Koalition.

Stefan Häntsch (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Wir leben in Zeiten von extremen politischen Umbrüchen, die sich mittlerweile auch bei Handelsmechanismen bemerkbar machen und nicht mehr zu ignorieren sind. Entscheidenden Akteuren insbesondere auf der anderen Seite des Atlantik, hat man das Gefühl, ist jeder moralisch Kompass abhandengekommen, und es gilt nur noch das Recht des Stärkeren. Insofern sind Freihandelsabkommen, strategische Partnerschaften, Assoziierungsabkommen wichtig für die EU. Sie nutzen der EU, neue Absatzmärkte und Kooperationsmöglichkeiten zu erschließen, und das alles unter der Beachtung von rechtsstaatlichen Gegebenheiten, Umweltschutz und auch Menschenrechten.

Mittlerweile gibt es eine Reihe von EU-Freihandelsabkommen. Gerade erst ist eines dazugekommen, die Kommissionspräsidentin hat es gerade in Australien unterzeichnet. Wir haben das große Abkommen mit den Mercusorstaaten, sodass es ein großes Füllhorn an Möglichkeiten gibt, dem, was wir im Moment beobachten, nämlich nur noch über Zölle zu reden, durch Anheben oder Senken von willkürlichen Prozentsätzen bei Zöllen, Handelspolitik zu betreiben, etwas entgegenzusetzen. Dafür sind, wie ich schon gesagt habe, EU-Freihandelsabkommen ein wesentlicher Punkt, für Berlin ein ganz wichtiges Instrumentarium. Berliner Unternehmen exportierten 2024 Waren im Wert von 17,1 Milliarden Euro in 204 Länder weltweit. Das ist etwas, was nicht zu verachten ist. Der Berliner Außenhandel setzt sich dabei auch von der bundespolitischen Entwicklung ab, wo ein Exportrückgang zu verzeichnen war, das war in Berlin aber offensichtlich nicht der Fall.

Zu den Topexportgütern der Berliner Wirtschaft zählen pharmazeutische Produkte, Fahrzeuge, wenn wir nur an Motorräder denken, die aus Berlin in die ganze Welt exportiert werden, Geräte zur Elektrizitätserzeugung, medizinische Geräte und auch Kraftmaschinen. Insofern haben wir ein dringendes und wesentliches Interesse, dass diese EU-Freihandelsabkommen auch auf Berlin eine positive Wirkung entfalten, und daher freuen wir uns auf das, was Sie uns gleich erzählen können, und auf Ihren Input, den Sie uns geben werden. Herzlichen Dank dafür, dass Sie da sind!

Vorsitzender Andreas Otto: Super! Vielen Dank! – Jetzt ist der Staatssekretär wieder da. Wir müssten vielleicht doch Herrn Becirovic hier vorne hinsetzen, haben wir uns gerade überlegt, denn Sie sind vom Senat, und die Senatsmitglieder sitzen immer hier vorne. Sie sind gar kein Anzuhörender, sondern ein Mitarbeiter, während die echten Anzuhörenden auf dieser „Anklagebank“ sitzen müssen.

Dann fangen wir jetzt mit Ihnen an. Ich mache das jetzt einfach in der Reihenfolge, Frau Binczyk und Herr Dr. Gottschalk, wenn das für Sie in Ordnung ist. Wir haben Ihnen vorher mitgeteilt, dass Sie circa fünf Minuten plus minus für ein Eingangsstatement haben. Sie haben uns auch eine wunderbare Landkarte mitgebracht, und wir sind alle sehr neugierig. – Sie haben das Wort.

Gosia Binczyk (Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland; Stellv. Leiterin bei der Vertretung): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Einladung! Es werden fünf bis sieben, hoffe ich. Ich versuche, es kurz zu halten. Vielen Dank für die Einladung insbesondere, weil wir zusammen mit diesem Austausch zu der Multidimensionalität, Multilateralität einen Beitrag leisten, die wir im großen wie auch im kleinen Rahmen zu pflegen haben. Erst letzte Woche in dem Austausch mit dem scheidenden Generalsekretär der Vereinten Nationen Guterres wurde das zwischen dem Europäischen Rat und der UN besprochen. Die Pflege des regelbasierten Systems weltweit, das regelbasierte Miteinander, ist eines der obersten Ziele, die wir haben, und dazu tragen wir hier auch bei. Wir sind in Europa vielleicht nicht stark genug, um es alleine zu retten, aber wir sind auf alle Fälle stark genug, um es zu zerstören. Deswegen ist es gut, dass Sie auch auf dieser Ebene dazu beitragen.

Zur aktuellen Handelspolitik der EU: Die EU hat ausschließliches Gesetzgebungsrecht in der Handelspolitik, aus gutem Grund, dazu komme ich gleich, bedarf aber der Umsetzung, die auf ihrer Ebene unter anderem stattfindet, und deswegen kommen wir hier zusammen. Ich habe Ihnen eine aktuelle Karte mitgebracht als ersten Überblick über das, was gerade bezüglich der Handelspolitik auf EU-Ebene passiert. Es passiert nämlich gerade sehr viel. Wir können frei nach dem Grundsatz oder nach einem Spruch, den Van Rompuy gepflegt hat: Never miss the chance of a good crisis, in der Handelspolitik gerade aus dem Vollen schöpfen, denn Krisen haben wir gerade genug, in jeder Hinsicht. Vor diesem Hintergrund passiert so viel, und es werden zahlreiche Abkommen abgeschlossen. Dazu komme ich gleich. Ich möchte vorher aufzeichnen, aus welcher Gemengelage sich das ergibt, zum einen aus unseren größten Handelspartnern und auch Berlins größtem Handelspartner China und die Vereinigten Staaten. Da sehen Sie auf dieser Karte, die Sie vor sich haben, große graue Flecken. Das bedeutet: No agreement mit unseren größten Handelspartnern. Das bedeutet: Keine stabilen Abkommen, sehr hohe Volatilität, und das ist nur der Anfang von mehreren Krisen.

Das Zweite ist die Grundsäule der internationalen Handelszusammenarbeit, die Welthandelsorganisation, deren Regelwerk vor über 30 Jahren geschaffen wurde und die auch einer Reform bedürfte, aber wo wir da trotz großer Bemühungen nicht gut weiterkommen. All das ist in einer sich verändernden geopolitischen Lage, die sowohl von kriegszerstörten Konflikten als auch von Handelskonflikten geprägt ist, kurzum: Es ist nicht so einfach im Handel im Moment, aber das Gute ist, den anderen Staaten geht es genauso wie uns. Das heißt, in dem Moment ist die EU ein gutes Pferd, ein verlässlicher Handelspartner für die anderen, denn wir haben das regelbasierte System. Wir sind relativ langsam in der Entscheidung, und das ist eigentlich gut in dem Fall, weil wir nicht volatil mal 10 Prozent, mal 50 Prozent Zölle aufsetzen können und so weiter, das machen wir nicht. Wir haben den Binnenmarkt mit fast einer halben Milliarde Verbrauchern, was bedeutet: Ein Abkommen mit uns ist effizient für andere, und sobald ein Abkommen abgeschlossen ist, zieht es den Bedarf für andere hinterher, auch ein Handelsabkommen mit uns abzuschließen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten, sprich: nicht nach Absatzschwierigkeiten mit den USA, mit China auch noch Absatzschwierigkeiten mit der EU zu bekommen, weil andere, die Handelsabkommen haben, vorne weglaufen.

Ich komme hier zur Übersicht, was bereits jetzt besteht, denn das finde ich genauso wichtig wie das, was jetzt neu dazu kommt. Allen voran, hier in dunkelgrau, die EU. Das ist unser Binnenmarkt, 450 Millionen Verbraucher. Das Nächste sind die EFTA-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein, mit denen wir eng verbunden sind, die Schweiz, die enge Zusam-

menarbeit mit der Türkei und der Ukraine sowie mit den accession countries, also mit den Beitrittskandidaten, und nicht zu vergessen Großbritannien, das nach dem Brexit auch ein Handelsabkommen mit uns hat. Dazu kommen die großen Handelsabkommen, die wir bereits abgeschlossen haben, das Abkommen mit Singapur, im Prinzip die Mutter aller modernen Handelsabkommen, die wir haben. Japan, Neuseeland wurde zusammen mit Australien angefangen und bereits früher abgeschlossen, und CETA, das Abkommen mit Kanada. Sie erinnern sich an den Begriff. Ich möchte an dieser Stelle noch mal klarstellen, die vorhergesehenen Risiken, um die wir damals sehr intensiv gestritten und debattiert haben, sind nicht eingetreten, und die Handelsvorteile übertreffen signifikant die Prognosen nach mittlerweile sechs Jahren Anwendung. Dazu kommen die Abkommen in Afrika und der Karibik, die in Süd- und Mittelamerika, Chile, Mexiko, Indonesien. Das letzte Große, das abgeschlossen wurde, ist das, was sich gerade in der Adaption, also in der Ratifizierung beziehungsweise im Annahmeverfahren befindet, und die beiden Riesen Mercosur und Indien.

Wenn diese Abkommen abgeschlossen sind haben wir bei Inkrafttreten 50 Prozent des globalen EU-Handels von Handelsabkommen abgedeckt. Das lasse ich mal so als Zahl hier stehen. Für Mercosur ist, da Berlin keine große Agrarindustrie aufzuweisen hat, ein Teil davon weniger relevant, aber sie haben eine Lebensmittelbranche, die insbesondere im Süßwarenbereich vital ist. Da ist der erleichterte Einkauf von Rohstoffen, der Absatz von Produkten wie Schokolade, Kekse, Marzipan durchaus relevant, und der große Bereich Maschinenbau und Fahrzeuge. 90 Prozent der EU-Waren werden von Zöllen befreit und davon umfasst sein. Wir werden Zollersparnisse von 4 Milliarden Euro. Indien, das zweite große Abkommen, hat 1,2 Milliarden Einwohner. Wir schaffen damit den größten Handelsmarkt der Welt, und er wird 97 Prozent des Handels abdecken, ebenfalls mit im Moment 4 Milliarden Euro Zolleinsparungen, die wir erwarten. Hier sehe ich vor allem, für Berlin wichtig, den IT-Bereich Deep Tech, die Berliner Start-up-Szene, bei allem aber die Wettbewerbsfähigkeit, die entscheidend ist.

Ein paar Zahlen auch daraus: Die Reduktion im Chemiebereich, 22 Prozent Zoll war es bis jetzt, auf null. Im Bereich Pharma, bis jetzt 11 Prozent, ebenfalls Senkung auf null. Medizinische Geräte, und da haben wir in Berlin einige Hidden Champions, bis jetzt 25 Prozent, auf null. Maschinen und Elektrogeräte, bis jetzt 46 Prozent Zoll, auf null, und in der Autoindustrie hatten wir 2024 weniger als 5 000 Fahrzeuge nach Indien verkauft. Der Zoll lag bei 110 Prozent, und jetzt haben wir eine Senkung auf 10 Prozent. Das ist nicht nur ein Game Changer. Das ist ein vollkommen anderes Spiel, mit dem wir hier arbeiten.

Australien ist unser jüngstes Kind. Das wurde erst gestern Nacht abgeschlossen. Hier ist wichtig: Senkung bei Schokolade auf 0 Prozent mit sofortiger Wirkung und, für uns sehr wichtig für den Hintergrund, Zugang zu Mineralien und seltenen Erden. Das ist wichtig, um die Abhängigkeit von China in diesem Bereich zu senken und weiter zu diversifizieren. Ebenfalls Kraftfahrzeuge und Chemie, eine Senkung von insgesamt 99 Prozent der Waren, die bis jetzt vom Zoll umfasst waren.

In the Pipeline, in Vorbereitung, ist das, was Sie hier in Gelb sehen, nämlich vor allem Südostasien, Malaysia, Philippinen und Thailand. Wir haben Verhandlungen mit den Arabischen Emiraten, die gerade laufen, und kürzlich ein Mandat bekommen, die Verhandlungen mit Qatar aufzunehmen. Das ist sozusagen die Weltkarte, wie sie sich aus unserer Sicht präsentiert. Unser gegenwärtiger Kommissar Maroš Šefčovič ist sehr erfahren, und wir hatten vor, unge-

fähr ein Abkommen im Monat abzuschließen. Es ist nicht ganz so weit, aber wir sind sehr nah dran. Dazu möchte ich aber noch den zweiten großen Bereich, an dem wir arbeiten, hinzufügen, und das ist die Anwendung und die Durchsetzung der Abkommen, denn dass sie auf dem Papier stehen, ist klar. Die Grundlage aber, sie ins Leben zu führen, ist das, was letztendlich für die Unternehmen vor Ort einen Unterschied macht. Hier haben wir zum einen einen großen Bereich, den wir Access to Markets nennen, also Unterstützung insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen in den Marktzugang zu neuen Märkten sowie einen relativ weit ausgebauten Bereich von Handelsschutzinstrumenten, um diese Abkommen auch zu bewähren.

All diese Informationen, die ich Ihnen gerade gegeben habe, samt dieser tagesaktuellen Karte, finden Sie im Netz auf EU Trade. Die Webseite ist an Transparenz nicht zu überbieten. Ich habe vor zehn Jahren an den Verhandlungen mit den USA zu TTIP zusammengearbeitet. Da sah es noch ganz anders aus. Jetzt können Sie das alles direkt nachlesen, den neuesten Stand und auch den neuesten Stand der Abkommen. Damit Sie das jetzt nicht müssen, habe ich heute unseren Handelsexperten Guillaume Durand mitgebracht, der in der DigiTrade arbeitet und das alles auch auswendig weiß. Das können wir gleich in unserem Gespräch verwenden. Ich freue mich sehr, dass Sie in Ihrer Arbeit sich gerade für die Nutzung dieser Chancen, die sich aus diesen Handelsabkommen ergeben, für Berlin einsetzen, denn diese Chancen zu nutzen, darum geht es. Dafür ist Wettbewerbsfähigkeit notwendig, und daran müssen wir gemeinsam arbeiten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Ganz herzlichen Dank, Frau Binczyk! – Das war jetzt der große Blick von Europa auf die Welt und wieder zurück. Jetzt kommt der Berliner Insider, Herr Dr. Gottschalk von der IHK, und sagt uns, was das aus seiner Sicht für die Unternehmen bedeutet. – Sie haben das Wort!

Dr. Thorben Gottschalk (IHK Berlin; Bereichsleiter Wirtschaft & Politik): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Gelegenheit, hier die Sichtweise der Berliner Wirtschaft einzubringen und damit auch vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. – Freihandelsabkommen wirken oft wie ein fernes Thema aus Brüssel, aber ob Berliner Unternehmen davon konkret profitieren, das entscheidet sich maßgeblich gar nicht dort, sondern hier ganz konkret vor Ort in Berlin, und deswegen ist es auch gut, dass wir hier im Ausschuss jetzt darüber sprechen. Damit sind wir auch schon mitten in der Berliner Realität. Wir haben schon ein paar Zahlen gehört. Die Berliner Wirtschaft ist in der Tat international sehr stark verflochten. Etwa jeder zehnte Euro der Berliner Wirtschaftsleistung hängt direkt am Außenhandel, und damit ist auch vollkommen klar, ein erheblicher Teil von Wertschöpfung, Beschäftigung und Innovation in Berlin hängt von diesem Außenhandel ab. Das Problem ist natürlich, genau dieser Außenhandel steht aktuell stark unter Druck. Wir sehen weltweit den zunehmenden Protektionismus. Die USA agieren handelspolitisch unberechenbarer. China steht für zunehmende staatliche Eingriffe und strukturelle Wettbewerbsverzerrungen. Russland ist als Markt weitgehend ausgefallen, und globale Lieferketten werden immer fragiler, zuletzt auch noch mal befeuert durch den eskalierenden Iran-Krieg. Die Konsequenz daraus ist klar. Wir müssen unsere Resilienz stärken, und das gelingt nur, wenn wir die Berliner Außenwirtschaft breiter aufstellen und konsequent diversifizieren. Das ist die Kernthese, die Kernbotschaft, die bitte jeder heute mitnehmen möge.

Ich kann ganz aktuell erstmals von einer großen wissenschaftlichen Studie heute berichten, die die IHK Berlin zur Resilienz der Berliner Außenwirtschaft in Auftrag gegeben hat. Dort haben wir kritische Abhängigkeiten untersucht und auch geschaut: Wo sind Schwachstellen der Berliner Außenwirtschaft? Wir haben dafür auch mit konkreten Schockszenarien gearbeitet, unter anderem für die sehr wichtigen Handelspartner USA und China. Ein wichtiges Ergebnis dieser Studie zeigt, dass alternative Märkte zwar Verluste in gewisser Weise abfedern können, aber sie können sie nicht vollständig ausgleichen. Deswegen ist da eine zentrale Lehre: Wir müssen deutlich stärker in die Breite gehen, über mehr Märkte, mehr Regionen und mehr Partnerschaften hinweg. Auch vor diesem Hintergrund sind die neuen Freihandelsabkommen, die Frau Binczyk eben so gut dargestellt hat, natürlich sehr zu begrüßen. Ich will nur zwei Sachen nennen: Das Mercosur-Abkommen. Da geht es um rund 270 Millionen Menschen, neue Marktchancen vor allem in Brasilien und Argentinien. In Richtung SenWiEnBe gerichtet finde ich es natürlich auch sehr gut, dass wir im Sommer dieses Jahres eine gemeinsame Wirtschaftsdelegationsreise nach Brasilien unternehmen werden, um dort Chancen konkret für die Berliner Wirtschaft zu erschließen.

Ein zweites wichtiges Abkommen wurde auch schon genannt. Das ist Indien, ein riesiger Markt, ein großer und auch wachsender Markt mit hoher Dynamik. Gerade wenn wir uns die Berliner Stärken anschauen und die Passstellen Digitalisierung, Industrie und Innovation, ist da sehr viel möglich. Da können Berliner Unternehmen künftig noch viel stärker Fuß fassen. Der entscheidende Punkt ist, diese Abkommen schaffen Chancen, aber dieser Chancen nutzen sich nicht von allein, und genau hier kommt die Verantwortung der Berliner Landespolitik ins Spiel.

Ich würde gerne zum Abschluss meiner einführenden Worte vier zentrale Erwartungen an die Abgeordneten, aber auch an den Senat formulieren. Erstens: Das Land Berlin muss klare Prioritäten bei den Zielmärkten setzen. Märkte dürfen nicht nur nach Exportvolumen ausgewählt werden, sondern auch nach Stabilität, nach Innovationspotenzial und nach Passfähigkeit zu den Berliner Stärken. Da denken wir natürlich an Indien, Lateinamerika, aber auch Südostasien oder auch an den Chancenkontinent Afrika.

Zweitens: Das Land Berlin muss neue Märkte aktiv erschließen. Dabei sollten dann auch zentrale Standorte Zugang für ganze Regionen ermöglichen, also letztlich dieser Hub-Gedanke. Da kann man beispielsweise an Singapur für Südostasien denken.

Drittens: Das Land Berlin muss konkrete Markteintritte gezielt für die Unternehmen unterstützen. Das bedeutet Unterstützung beim Aufbau von Vertriebspartnern, bei der Vermittlung konkreter Geschäftskontakte, beim Zugang zu Projekten, aber auch Unterstützung bei regulatorischen und technischen Anforderungen vor Ort.

Viertens – das ist auch ganz wichtig: Es muss eine Wirkungsmessung stattfinden. Alle Maßnahmen, alle Internationalisierungsmaßnahmen müssen konsequent gemessen werden. Führt das zu realen Markteintritten und zu neuen Geschäften? Das gilt für Programme, Delegationen, Netzwerke, aber auch, ganz wichtig, für die Auslandsbüros, die Berlin betreibt.

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass Freihandelsabkommen ein wichtiger Baustein für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Berlin sind, aber der Erfolg entscheidet sich, wie gesagt, in

der Umsetzung, und genau hier steht die Berliner Politik in der Verantwortung. – Vielen Dank erst mal an dieser Stelle!

Vorsitzender Andreas Otto: Wir danken Ihnen und würden jetzt zum Senat kommen. – Herr Hauer, bitte!

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank, das mache ich gerne! – Ein sehr wichtiges Thema. Erst einmal vielen Dank an Sie beide für Ihre Eingangsstatements! In der Sache kann ich mich den meisten Punkten anschließen, sowohl was die Bedeutung des Freihandels für die Europäische Union, Deutschland, aber eben auch konkret dem Wirtschaftsstandort Berlin angeht, was Sie ausgeführt haben, was die Strukturen angeht, was zum Beispiel die Nahrungsmittelwirtschaft angeht oder auch die vielen Mittelständler im Industrie- und Maschinenbaubereich. Politisch und wirtschaftspolitisch ist es absolut evident. Der Ausbau des regelbasierten Freihandels ist für Berlin, Deutschland und die Europäische Union von zentraler Bedeutung, gerade wenn man sich das internationale globale Umfeld anschaut. Welche Rolle soll die Europäische Union im 21. Jahrhundert einnehmen? Wir werden es sicherlich nicht mit militärischer Dominanz tun können, unsere Interessen durchzusetzen. Wir werden sicherlich nicht unsere Interessen so ausspielen wie andere das tun, Stichwort: Zollpolitik oder der chinesische Protektionismus. Das wird sicherlich nicht die europäische Antwort sein, das heißt, wir sind zentral darauf angewiesen, dass wir möglichst große Räume haben, in denen regelbasierter Freihandel stattfindet. Das ist etwas, was wir tun müssen, und dafür müssen wir Partner suchen. Sie haben eben in der Karte sehr eindrucksvoll gezeigt, wo dieser Partner schon überall sind. Ich finde es auch sehr gut, dass jetzt entschieden wurde, dass das Mercosur-Abkommen vorläufig zur Anwendung kommt, auch ein sehr großer Markt mit über 250 Millionen Menschen, Konsumentinnen und Konsumenten. Die weiteren Länder haben Sie gerade aufgezeigt, die mit gelb eingezeichnet sind, wo weitere Freihandelsabkommen in Planung oder bereits in Verhandlung sich befinden. Das ist sehr wichtig.

Ich fand es auch interessant, Herr Dr. Gottschalk, was Sie gerade gesagt haben, dass Sie es runtergebrochen haben auf die Landespolitik und gesagt haben: Wo ist die Landespolitik eigentlich dort in der Verantwortung und in der Pflicht? Es ist nicht unsere Aufgabe, Freihandelsabkommen zu verhandeln, auch nicht Aufgabe der Bundesregierung, sondern es ist Sache der Europäischen Union. Wir können aber auch Dinge tun beziehungsweise wir haben konkrete Hausaufgaben. Sie haben es eben gesagt, Ihre Erwartungen an die Berliner Landespolitik, Abgeordnetenhaus und vor allem auch der Senat. Sie haben gesagt, wir sollen Prioritäten bei den Zielmärkten setzen. Ich finde, das ist in der Tat der richtige Ansatz. Wir haben dazu als Berliner Senat auch Zielländer definiert: USA, China, Frankreich, Polen, Vereinigtes Königreich, Japan, Südkorea, Indien und auch die Golfregion mit dem Hub in Dubai. Hub ist auch das Stichwort. Das haben Sie eben auch gesagt, wenn wir neue Märkte erschließen sollen, dass wir dann idealerweise Hubs bilden oder identifizieren, die wir dafür nutzen. Dubai ist sicherlich einer für die gesamte Region. Singapur, haben Sie auch genannt, ist sicherlich auch sehr wichtig für Südostasien. Vielleicht Tokio auch für den nördlichen Pazifik, nördlichen Westpazifik. Ich finde, das sind alles Dinge, die wir tun müssen. Teilweise tun wir sie, aber da haben wir sicherlich noch einige Hausaufgaben zu machen.

In dem Zusammenhang wurden auch die Auslandsbüros genannt. Aber vielleicht noch ein anderer Punkt, bevor ich dann zu den Auslandsbüro komme. Der dritte Punkt war die Unterstützung bei der Markterschließung. Das würde mich natürlich als jemand, der nicht aus der

Privatwirtschaft kommt, sondern mit klassischem Beamtenhintergrund, interessieren, was wir als Regierung, als Landesregierung, als Senat tun können, um Unternehmen bei der Markterschließung zu unterstützen beziehungsweise anders gefragt: Was benötigen Unternehmen vonseiten der Landespolitik konkret und praktisch, um neue Märkte in den besagten Regionen zu erschließen? Das würde mich interessieren. Das ist nicht meine Rolle, dass ich selbst eine Frage formuliere. Damit einhergehend, weil Sie es auch genannt haben, sind die Auslandsbüros aus unserer Sicht ein wichtiger Faktor, ein wichtiges Instrument, um bei diesen Markterschließungen zu helfen. Wir haben bisher Peking und New York gehabt. Seit letzter Woche, seit dem Besuch der Wirtschaftssenatorin, haben wir noch Indien, Bengaluru, als weiteres Auslandsbüro. Ich könnte mir durchaus noch weitere Auslandsbüros vorstellen, auch in den Hubs wie Dubai, Singapur, amerikanische Westküste. Istanbul ist sicherlich auch interessant aufgrund der engen Verbindung zwischen Berlin und Istanbul. Das ist dann aber auch eine Ressourcenfrage. Wir müssen vor allem dann auch den Haushaltsgesetzgeber mitnehmen und bitten, dort vielleicht entsprechende Prioritäten zu setzen.

Eine Idee, die ich in dem Zusammenhang schon mal genannt habe, ist: Aus meiner Sicht wäre es sinnvoll, weil wir diese begrenzten Ressourcen haben, dass wir dort auch Synergieeffekte dadurch erreichen können, dass wir in dem Bereich der Auslandsbüros mit Brandenburg stärker kooperieren. Wir haben es in der Vergangenheit schon das eine oder andere Mal versucht. Bisher gab es von Brandenburger Seite kein Gegeninteresse, das gemeinsam zu tun. Meine Hoffnung ist aber, dass wir mit der neuen Regierung in Brandenburg vielleicht einen neuen Anlauf nehmen können. Die neue Wirtschaftsministerin in Brandenburg ist uns bekannt, ist mir auch persönlich bekannt. Deswegen werden wir diese neue Regierungskonstellation nutzen und noch mal die Idee gemeinsamer Auslandsbüros auf die Agenda setzen. Das vielleicht von meiner Seite als Eingangsstatement. Es werden sicherlich gleich noch Fragen der Abgeordneten kommen. Wollen Sie noch etwas ergänzen?

Elvir Becirovic (SenWiEnBe): Guten Tag auch von meiner Seite! Elvir Becirovic ist mein Name, von der Senatsverwaltung Wirtschaft, Energie und Betriebe. Ich bin zuständig für europäische Wirtschaftspolitik im außenwirtschafts- oder internationalen Referat. Ich würde nur noch einen Satz hinzufügen, und zwar zielt das auf die Frage, welchen tatsächlichen Einfluss die Freihandelsabkommen auf die Berliner Wirtschaft haben. Wir haben uns die Zahlen angeschaut und die Handelsabkommen, die in den letzten Jahren geschlossen wurden und haben da keine direkte Steigerung des Außenhandels in diesen Ländern gesehen. Man kann also keine direkte Korrelation ablesen. Die Exporte gehen mal nach oben in einigen Jahren und dann sinken sie wieder. Man kann also nicht sagen, Abschluss eines Handelsabkommens und dann gibt es in den nächsten Jahren einen stetigen Wachstum der Berliner Exporte. Dennoch sind natürlich die Abkommen wichtig, weil sie eine gewisse Stabilität vermitteln, weil sie bestehenden Unternehmen, die Außenhandel betreiben in den Ländern, die Arbeit erleichtern.

Ein weiterer Grund, wieso wir keinen dermaßen großen Einfluss sehen, ist, dass der Berliner Außenhandel, insbesondere die Exporte, vor allem in den europäischen Binnenmarkt geht. Über die Hälfte der Berliner Exporte geht in die EU. Wir sehen auch, dass im letzten Jahr, wo es Schwierigkeiten gab beim Außenhandel mit den Vereinigten Staaten, mit China, die Exporte beispielsweise nach Frankreich, Polen, Niederlande, Italien sehr deutlich gestiegen sind. Ich kann hier nur Frankreich nennen mit plus 17,2 Prozent im Vergleich zu 2024, Polen plus 13,4 Prozent im Vergleich zu 2024, Niederlande ebenfalls zweistellig, Spanien und so weiter.

Der dritte Punkt: Ein nicht dermaßen großer Einfluss auf den Berliner Export, den die EU-Freihandelsabkommen haben, liegt daran, dass, wenn wir die Zahlen in Betracht ziehen bezüglich des Außenhandels mit den Vereinigten Staaten, China und den beiden Ländern, wo es bereits Handelsabkommen gibt, und zwar Japan und Korea, diese Exporte plus den europäischen Binnenmarkt bis 70, 80 Prozent des Berliner Exportes ausmachen. Deswegen bleibt der Bereich, wo es eine Veränderung geben könnte, recht klein, recht divers. Nichtsdestotrotz unterstützen wir natürlich alle Bemühungen auf der EU-Ebene, weitere Handelsabkommen zu schließen, weil wir genau das Thema für wichtig halten, was Herr Dr. Gottschalk erwähnt hat bezüglich der Diversifizierung, Erschließung neuer Märkte, überaus wichtig, und da bieten EU-Handelsabkommen einen guten Rahmen, um den ersten Kontakt zu knüpfen und Berliner Unternehmen zu unterstützen, Handelspartner dort zu suchen. – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Dann wären wir jetzt bei der Fragerunde angekommen. Herrn Dr. Bronson nehme ich noch auf die Liste. – Es startet Herr Dr. King, der fraktionslose Abgeordnete.

Dr. Alexander King (fraktionslos) Vielen Dank! – Das war wirklich eine interessante Runde, und der Abschluss war jetzt auch interessant, wenn auch ernüchternd. Daran möchte ich mit der ersten Frage gleich anschließen. Klar, wenn USA, China und EU die Hauptmärkte für Berliner Unternehmen sind und mit der EU ist alles geregelt und mit USA und China nicht, dann sind die anderen Abkommen natürlich nicht ganz so wichtig. Das ist irgendwie auch logisch. Mich würde interessieren, was nötig wäre, um diese neu erschlossenen Märkte auch wirklich zu erobern – in Anführungszeichen –, denn Freihandel ist das eine, aber Freihandel nützt den Unternehmen nur etwas, wenn sie auch wettbewerbsfähig sind innerhalb des Freihandelsraumes. Da ist in Deutschland, und gerade auch in Berlin, in einigen Industriebereichen durch die hohen Energiepreise die Sache eher problematisch. Sie haben zum Beispiel das Thema pharmazeutische Industrie angesprochen.

Gerade die Pharma- und Chemieindustrie in Berlin ist, was die Wettbewerbsfähigkeit betrifft, eher in einem schwierigen Zustand durch die hohen Energiepreise. Außerdem, gerade im Verhältnis zu Indien, war das immer der kritische Punkt, warum das Abkommen so lange gar nicht zustande gekommen ist, weil Indien selber eine starke Chemie- und pharmazeutische Industrie vor allem hat und insbesondere als Generikaproduzent auf dem Weltmarkt sehr stark ist. Jetzt habe ich mich gefragt, weil Sie das gerade auch angesprochen haben: Wie ist denn dieses Problem gelöst worden? Es ist schon ein Interesse der gesamten Welt, dass Indien im Rahmen von TRIPS-Plus und so, also über verschärfte Patentschutzabkommen nicht mehr in der Lage sein wird, in Zukunft Generika in der Form bereitzustellen, wie es bisher war. Also für zukünftige Pandemien zum Beispiel wäre es wichtig, dass diese Funktion erhalten bleibt. Ist das Problem jetzt irgendwie gelöst? Wie will sich die Berliner pharmazeutische Industrie in dem Zusammenhang in Indien bewegen? Das würde mich interessieren, weil ich das auch über Jahre mitverfolgt habe.

Das andere Thema ist: Sie haben die ganzen Berlin-Büros angesprochen. Ich habe aber auch mal etwas gelesen über ehrenamtliche Berlin-Botschafter, die tätig werden sollen. Vielleicht können Sie dazu mal etwas sagen, ob es die schon gibt oder wer genau für so etwas infrage kommt und was die Aufgaben sind und was die dann da machen.

Das Thema Langstreckenflüge würde mich noch interessieren, weil es komisch ist, wenn man sich international ausbreiten und Märkte erobern will, aber wir haben von Berlin aus eigentlich kaum Langstreckenflüge. Das ist vielleicht auch ein Widerspruch in sich. Sehen Sie das auch als Problem an in dem Zusammenhang? – Danke!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Herr Häntsch für die CDU-Fraktion ist der Nächste.

Stefan Häntsch (CDU): Danke, Herr Vorsitzender! – Erst einmal vielen Dank für Ihre Beiträge, die gezeigt haben, welche fundamentalen Auswirkungen diese EU-Freihandelsabkommen auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge innerhalb der EU und natürlich auch für Berlin haben. Es ist richtig, ein Großteil der Exporte Berlins geht in die EU, also in den eigentlichen Binnenmarkt, aber 14 Prozent der Exporte gehen auch auf den amerikanischen Kontinent. Davon entfallen rund 9 oder 10 Prozent allein auf die USA. Das ist dann doch schon etwas, wenn man sich anschaut, dass nur 1 Prozent in Richtung Australien, Ozeanien fließt. Mit 21 Prozent ist auch Asien ein wesentlicher Exportpartner für Berlin. Insofern spürt man schon, dass diese Abkommen auch unmittelbare Auswirkungen haben müssen. Ob man das tatsächlich immer in Zahlen sofort sehen kann, da glaube ich auch, dass man es wahrscheinlich nicht kann, weil der Markt ein Stück weit zu klein dafür ist. Dennoch wird es Auswirkungen haben, und da schließen sich auch meine Fragen an.

Aber vorher zu dem, was Herr Dr. King sagte: Das Thema Langstreckenflüge ist auch Gegenstand der Diskussion auf der Ost-MPK, die ansteht. Insofern werden wir wahrscheinlich auch danach noch einiges davon hören.

Aber jetzt noch mal zu meinen Fragen, die ich konkret stellen möchte. Ich will jetzt nicht naiv klingen, aber die Frage ist: Welche Handlungsspielräume hat eigentlich das Land Berlin bei diesen Verhandlungen zu den EU-Freihandelsabkommen? Ich weiß, dass sie sehr eingeschränkt sein dürften, aber gibt es da überhaupt Handlungsspielräume, die die IHK ausnutzen

kann? Die nächste Frage wäre, inwieweit das auch nach unten bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt. Inwiefern sind Vorteile dieser Abkommen für die Berlinerinnen und Berliner auch im Alltag spürbar, zum Beispiel Zugang zu Produkten, Dienstleistungen, Arbeitsplätze? Gibt es da Synergien, die tatsächlich greifbar sind für die Menschen?

Das Dritte ist eher eine generelle Frage auch an die Wirtschaft, wie resilient eigentlich unsere Wirtschaft ist, um die derzeitigen Angriffen auf den Handel, wie wir sie aus den USA und auch aus China sehen, tatsächlich dauerhaft und nachhaltig zu überstehen? Soweit meine Fragen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt ist dran Herr Meyer für die SPD-Fraktion.

Sven Meyer (SPD): Von meiner Seite einen herzlichen Dank! – Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Gottschalk von der IHK. Auf der einen Seite bin ich ein großer Fan von dem, was sich jetzt entwickelt. Trotzdem möchte ich noch mal fragen: Auf der einen Seite haben wir Chancen, aber wo gibt es auch Herausforderungen für die Wirtschaft gerade in Berlin? Wir haben durchaus viele Bereiche, wo es aktuell schwächelt, wo wir immer wieder hören, dass es Kurzarbeit gibt. Wir sehen Sie es dort? Ist das in den Bereichen eine Chance oder vielleicht sogar eine Herausforderung, was Produkte aus den anderen Ländern anbelangt, Dienstleistungen aus den anderen Ländern? Ich kann das überhaupt nicht einschätzen, aber vielleicht können Sie uns sagen: Ja, auch hier hätten wir durchaus Herausforderungen, weil es auch Konkurrenz bedeutet, nicht im negativen Sinne, aber nichtsdestotrotz ist es vorhanden. Wie müssen wir uns da gegebenenfalls aufstellen?

Ein anderer wichtiger Punkt für mich sind die Auslandsbüros. Wir haben darüber gesprochen. Meine Frage an Herrn Dr. Gottschalk ist: Wie bewerten Sie die Berliner Auslandsbüros? Welche Bedeutung haben sie? Das ist nun mal gerade das, wo wir jetzt auch Handlungsspielräume haben. Sind das für Sie ganz wichtige Türöffner? In dem Kontext, gerade mit den neuen Handelsabkommen: Sehen Sie vielleicht die Notwendigkeit, in anderen Ländern Auslandsbüros zu eröffnen? Wo sehen Sie einen besonderen Bedarf, unabhängig davon, wie teuer das ist? Darauf komme ich gleich noch. Wo sehen Sie einen besonderen Bedarf, dort etwas zu eröffnen? Ist es sinnvoll, dass Berlin selber noch mal Auslandsbüros dort als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner hat?

In dem Kontext vielleicht auch gleich, was eben – – Jetzt kann Berlin nicht genauso wie der Bund überall seine Auslandsbüros haben und eine eigene Wirtschaftspolitik machen, aber wo kann sie vielleicht auch mit den Kammern, Kammern haben auch im Ausland Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, stärker kooperieren? Gibt es Unterstützungsmöglichkeiten, wie man das vielleicht breiter aufstellen kann? Dort auch die Frage an den Senat: Wie sieht es mit Kooperationen mit anderen Bundesländern aus? Ich weiß gar nicht, wie es bei anderen Bundesländern ist, ehrlich gesagt. Vielleicht kann der Senat ein, zwei Sätze dazu sagen. – [Staatssekretär Florian Hauer: Brandenburg!] – Brandenburg. Es gibt nicht nur Brandenburg, auch wenn es für uns immer vor allem Brandenburg ist. Aber gibt es nicht trotzdem darüber hinaus Möglichkeiten der Kooperation, dass man sich Miet- oder auch Personal und so weiter spart beziehungsweise dann kooperiert und auch durchaus mit anderen, oder dass Berliner Landesbetriebe auch Auslandsbüros haben und dort stärker kooperiert wird oder man die Möglichkeiten nutzt? Wenn wir Ressourcen haben, wenn andere Bundesländer Ressourcen

haben, wie können sie optimal genutzt werden, um sie für uns zu nutzen oder gerade auch in Kooperation mit Kammern. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt ist dran Herr Schatz für die Linksfraktion. Ich schaue immer hinten auf die große Uhr. Wir müssen sehen, dass wir durchkommen. Ich sage das an der Stelle einfach mal.

Carsten Schatz (LINKE): Trotzdem vorweg: Es ist schon ein kleiner Treppenwitz der Geschichte. Leute, die etwas länger in diesem Haus sind, und wissen, was ich in der Vergangenheit gemacht habe, dann heute irgendwie sagen, weshalb ich Freihandelsabkommen angesichts der Situation, in der wir uns befinden, schon als ein regelbasiertes Instrument des internationalen Handels ansehe. Ich war immer ein vehementer Gegner von die TTIP und auch CETA. Das will ich ganz deutlich sagen. Auch was das Mercosur-Abkommen angeht, muss man bestimmte Fragen weiter stellen. Die Fragen des Arbeitsstandards sind entscheidend. Die Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen und natürlich auch ökologische Standards, also beispielsweise der Einsatz von in der EU verbotenen Pestiziden in den Staaten des Mercosur, dass Waren, die damit behandelt worden sind, jetzt hierherkommen, obwohl wir sie hier in der EU nicht einsetzen, aus guten Gründen. Ich finde, über so etwas muss geredet werden, und solche Sachen gehören dann irgendwie auch mit dazu, aber angesichts der globalen Situation, in der wir uns befinden, ist es wahrscheinlich günstiger, es so zu machen, auch wenn mein bevorzugter Weg immer die Welthandelsorganisation wäre. Ich weiß, sie ist langsam, aber ich glaube, eine große internationale Festlegung von Regelungen ist der bessere Weg.

Wir reden heute eigentlich über Berlin. Die Zahlen zum Berliner Export sind schon alle referiert worden. Was ich nicht gefunden habe, ganz spannend: Was ist denn mit dem Import? Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, denn dazu habe ich gar nichts gefunden. Was sind die Auswirkungen dort? Gerade das Mercosur-Abkommen, das groß in der Kritik war, weil es beispielsweise den Export von südamerikanischen Agrargütern nach Europa erleichtert. Auf der anderen Seite dürfen wir Anlagen und Maschinen nach Südamerika ganz preiswert exportieren und auch Autos und so etwas, aber das verfestigt natürlich bestimmte Strukturen. Was heißt das dann beispielsweise für den Agrarunternehmer Berlin, denn wir haben Stadtgüter? Sind wir vielleicht davon betroffen, dass jetzt plötzlich billige Agrargüter nach Europa kommen? Das sind meine Fragen an den Senat. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Jetzt ist dran Herr Dr. Bronson für die AfD-Fraktion.

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch von meiner Seite, von unserer Seite an Ihre Vorträge! Ich möchte mich den Worten des Kollegen Häntsch anschließen. Er sprach von der Resilienz, die doch wünschenswert sei. Frau Binczyk! Das geht eigentlich auch an Sie, weil Sie die Europäische Kommission vertreten. Wie verhält sich die EU, die Europäische Kommission angesichts der chinesischen Restriktionspolitik, des Protektionismus der Chinesen und auch der sehr aggressiven amerikanischen Zollpolitik? Ich habe noch in Erinnerung, dass das Treffen zwischen Frau von der Leyen und Donald Trump sehr demütigend war, dass die Vertreterin von der Leyen einfach nur angenommen hat, was ihr auf den Tisch gelegt wurde und sich wenig in der Lage sah, eine starke europäische Position zu formulieren. Was sehen Sie als Lösung, um diesen Herausforderungen etwas entschiedener, etwas resilienter zu begegnen?

Dann noch eine Frage an den Senat: Das Mercosur-Abkommen enthält eine Klausel, die das Abkommen aussetzen kann, wenn einer der Vertragsparteien das Pariser Klimaabkommen verlässt. Wie bewerten Sie die politische Konditionalität im Rahmen eines Handelsvertrages. Wir reden jetzt natürlich auch davon, bitte nicht als Antwort, das ist nicht unser Refugium, darauf kann Berlin nicht hinwirken. Wir reden auch davon, was Berlin machen kann. Wie groß ist der Einfluss von Berlin? Wie klein ist der Einfluss von Berlin? Kann hier überhaupt eine Form von Mitsprache vorgenommen werden? – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Als Letzter stehe ich selber auf der Redeliste für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Andreas Otto (GRÜNE): Ich hätte eine Frage an Frau Binczyk. Einerseits reden wir über den Freihandel. Er ist wichtig für Deutschland, weil wir eine Exportnation sind. Andererseits erleben wir immer wieder, dass es in bestimmten Situationen mit bestimmten Gütern schwierig werden kann, also wenn ein Schiff im Suezkanal stecken bleibt oder wenn wir eine Epidemie haben oder eine Pandemie. Wie machen Sie als EU-Kommission diese Abwägung, einerseits so viel Freihandel wie möglich haben zu wollen, andererseits bei bestimmten Gütern auf dem Trockenen zu sitzen oder sogar politisch erpressbar zu sein, wenn man sie nicht selber hat? Was ist da die Strategie? Man kann sich denken, ein bestimmtes Quantum an Produkten muss man doch in Europa herstellen oder horten. Ich habe keine Ahnung. Was ist da die grundsätzliche Linie der EU-Kommission?

An Herrn Dr. Gottschalk würde ich gerne die Frage richten: Wie groß ist jetzt eigentlich der Unterschied für ein Berliner Unternehmen, das exportiert, wenn es ein Abkommen gibt und wenn es kein Abkommen gibt? Wie kann ich es mir vorstellen? Ist der Marktzugang vielleicht mit Abkommen einfacher, weil das ein bisschen berechenbarer ist? Aber ganz konkret, im praktischen Leben, hat das bürokratische Auswirkungen oder muss man ohne Abkommen mehr investieren, um herauszufinden, was eigentlich gilt und so weiter? Was hat das auf die Unternehmen für praktische Auswirkungen? Das waren meine Fragen.

Vorsitzender Andreas Otto: Weitere Wortmeldungen habe ich jetzt nicht. – Dann können wir zur Antwortrunde schreiten. Wollen Sie hier vorne anfangen? – Wir fangen mit den Senat an und dann mit Ihnen.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl): Vielen Dank! – Ich versuche, mich so kurz wie möglich zu halten, damit die eigentlichen Sachverständigen auch noch etwas sagen können. – Herr Dr. King! Sie hatten unter anderem nach den Berlin-Botschaftern gefragt. Konkret heißt das, das haben wir letztes Jahr in der Internationalisierungsstrategie, die im Juli unter Federführung der Wirtschaftsverwaltung vorgestellt wurde – – Das ist das Berlin Business Representative Network. Das sind Ehrenamtliche, die im Ausland Netzwerkarbeit im Interesse der Berliner Wirtschaft betreiben sollen. Das ist letztes Jahr, ich glaube im Juli, auf den Weg gebracht und diese Strategie vom Senat beschlossen worden. Das ist jetzt etwas mehr als ein halbes Jahr her, und es befindet sich im Aufbau. Wie dort konkret die Fortschritte sind, also inwiefern deutsche Ehrenamtliche gewonnen werden konnten und wie auch das konkrete Arbeits- und Anforderungsprofil und die konkrete Arbeit aussieht, entzieht sich meiner Kenntnis. Vielleicht kann der Kollege dazu etwas sagen. Ansonsten würde ich vorschlagen, dass wir das noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt vertiefen oder dann vielleicht mit der zuständigen Wirtschaftsverwaltung noch einmal besprechen.

Gleichwohl sehe ich schon den Schwerpunkt im Bereich der Hauptamtlichen, sprich: der professionellen Strukturen der klassischen Auslandsbüros. Ich habe vorhin schon gesagt, wo wir sind und was aus meiner Sicht noch denkbar wäre. Es ist in der Tat sehr ressourcenintensiv, weil oft die Mieten und Löhne in den betroffenen Ländern extrem hoch sind. New York ist deutlich teurer als Berlin, sowohl was Büromieten angeht als auch die Löhne. Das ist sehr schwierig. Wir müssen dort schauen, dass wir unsere begrenzten Ressourcen effektiv einsetzen und dort Synergieeffekte irgendwie erzielen können. Ich glaube, an den anderen großen Bundesländern, gerade in Westdeutschland, die dort sehr professionell unterwegs sind wie Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und NRW, die viel mehr Büros haben, die dort viel besser ausgestattet sind, können wir uns orientieren, aber die werden uns nicht daran teilhaben lassen, denn dafür gilt das, was ich heute Morgen schon sagte: Der Wettbewerbsföderalismus ist in erster Linie ein Wettbewerb an der Stelle. Da gönnt ein Bundesland dem anderen nichts oder wenig, um es jetzt mal etwas übertrieben und überspitzt auszudrücken. Es hat aber auch einen anderen Grund, weil Standorte unterschiedlich sind. Ein Industrieland wie NRW oder Bayern hat ein anderes Profil und deswegen dann auch andere Anforderungen, was die Vermarktung des Landes angeht als es vielleicht bei Berlin oder Brandenburg der Fall wäre. Ich sehe aber in der Metropolregion Berlin-Brandenburg schon Schnittstellen. Deswegen ist es hier aus meiner Sicht auch sinnvoll, den Standort, die Metropolregion gemeinsam zu vermarkten. Aus meiner Sicht wäre das sehr sinnvoll. Zum einen bräuchten wir dafür mehr Mittel aus dem Haushalt und zum anderen deutliche Unterstützung Brandenburgs. Ich werde für beides werben, und gerade, was Brandenburg angeht, bin ich zuversichtlich mit der neuen Konstellation, dass wir da vielleicht eher auf Zustimmung kommen.

Freihandel, Handel überhaupt, wirtschaftliche Aktivitäten setzen Infrastruktur voraus, also dass Menschen zusammenkommen, und gerade im internationalen Handel ist es wichtig, dass man Flugverbindungen hat, idealerweise Direktflugverbindungen. Für Menschen, die Handel betreiben, aber auch für Investoren, macht es schon einen Unterschied, ob sie irgendwo direkt hinfliegen können von Singapur oder Tokio oder ob sie noch in Frankfurt oder München umsteigen und dadurch sechs Stunden länger brauchen. Das ist ein echter Wettbewerbsnachteil für den Standort Berlin, nicht nur für Berlin, sondern eigentlich für ganz Ostdeutschland. Deswegen wollen wir den Hauptstadtflughafen auch als ostdeutschen Flughafen noch stärker pushen und für ihn werben, dass wir mehr Direktverbindungen bekommen. Deswegen hatte ich heute Morgen gesagt, dass das auch ein Thema bei der Ost-MPK ist, dass wir dazu einen Beschluss fassen werden, weil das genau der Grund ist. Um Handelsaktivitäten und Verbindungen zu intensivieren, um mehr Investoren nach Berlin zu bekommen, ist es wichtig, möglichst viele direkte Interkontinentalverbindungen zu haben. Danach hatten Sie, Herr Häntsch, auch gefragt. – Das mit den Auslandsbüros habe ich beantwortet.

Herr Schatz! Zum Import: Ich habe hier einige Zahlen. Ich weiß nicht, ob es Ihnen hilft, wenn ich sie Ihnen einfach vorlese oder ob wir Ihnen das vielleicht zukommen lassen oder die Wirtschaftsverwaltung an der Stelle. Was ich trotzdem hier noch mal sagen möchte, vielleicht insgesamt, ganz allgemein, weil hier auch ein Stück weit die Frage aufgeworfen wurde: Was ist eigentlich der konkrete Benefit von Freihandelsabkommen? Es mag sein, dass das vielleicht in den Berliner Statistiken nicht direkt messbar ist, was für Auswirkungen das auf Export und Import an der Stelle hat, aber zwei Dinge: Zum einen gibt es einen nicht unerheblichen indirekten Effekt von zusätzlichen Freihandelsabkommen auch auf die Berliner Wirtschaft. In dem Moment, wir haben darüber gesprochen, wo unsere Handelspartner innerhalb der Europäischen Union sind, Frankreich, Polen, aber auch innerhalb Deutschlands, wenn aufgrund

eines Freihandelsabkommens mehr europäische Maschinen aus Polen gekauft werden oder vielleicht aus NRW oder Frankreich, profitieren davon natürlich dann auch indirekt Berliner Firmen wieder, die dort zuliefern. Das ist für mich evident, dass das der Fall ist, aber es bildet sich nicht eins zu eins in den Statistiken aus, die von der Wirtschaftsverwaltung gesehen wurde.

Was die Gesamtsumme angeht, habe ich nur eine interessante Zahl auf die Schnelle gefunden. Wenn man das CETA-Abkommen nimmt, das vorhin auch schon genannt wurde, kann man konkret messen und sagen: Seit dem Abschluss des Abkommens 2017 ist der Handel um 51 Prozent gestiegen mit Kanada. Im Vergleich mit anderen Ländern, die nicht Teil dieses Freihandelsabkommens sind, ist im gleichen Zeitraum das Gesamthandelsvolumen nur um 20 Prozent gestiegen. Das heißt, mit Kanada hat infolge des Abschlusses des Freihandelsabkommens ein signifikant höheres Wachstum des Handelsvolumens stattgefunden. Ich gehe fest davon aus, dass zumindest indirekt auch die Berliner Wirtschaft von solchen Effekten profitiert.

Letzter Punkt, was auch nicht zu vergessen und zu unterschätzen ist: Auch die Berliner Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren davon, wenn Preise sinken. Zum Beispiel, weil Zölle gesenkt werden, profitieren auch Berliner Verbraucher davon, die dann wiederum ihr Geld an anderer Stelle ausgeben können, vielleicht in einem Berliner Restaurant, und damit profitiert dann indirekt auch die Berliner Wirtschaft. All das sind Effekte infolge von Freihandel, die nach meinem Verständnis gegeben und aufgrund dieser einen Zahl, die ich gerade vorgelesen habe, was das CETA-Abkommen angeht, auch messbar sind, aber sich nicht eins zu eins und unmittelbar in den Statistiken ausdrücken, die von der Wirtschaftsverwaltung genannt wurden.

Allerletzter Punkt: Konditionalität Mercosur – Herr Abgeordneter Bronson, danach hatten Sie gefragt – entzieht sich meiner Kenntnis. Vielleicht kann die EU-Kommission gleich etwas dazu sagen. Ich kenne die Einzelheiten dieser Regelung nicht. Ich weiß auch nicht, ob das üblich ist, im Bereich Freihandelsabkommen irgendwelche Konditionalitäten einzuarbeiten. Aus Berliner Sicht, aus Sicht des Berliner Senats ist es natürlich das Ziel, dass diese Freihandelsabkommen vor allem von langer Dauer sind. Gleichwohl kann es natürlich auch ein Interesse daran geben, dass man das an bestimmte Dinge knüpft, denn Freihandel ist nicht alles, sondern dass wir gemeinsame Werte dort miteinbringen. Dass der Freihandel bewusst auch Länder wählt, die auch mit uns gemeinsame Werte teilen, etwa Japan, das vorhin genannt wurde, und man auch solche Kriterien mitreinbringt, in dem Fall vielleicht Klimaschutz oder vielleicht auch Dinge wie Rechtsstaatlichkeit und Ähnliches, kann ich mir vorstellen. Es kann sinnvoll sein, entzieht sich jetzt aber meiner positiven Kenntnis an der Stelle. Jetzt habe ich doch lange geredet. Ich hoffe, nicht zu lange, aber ich wollte die Fragen zumindest beantworten, und, wie gesagt, Herrn Schatz bin ich noch die Importzahlen schuldig, aber vielleicht hat die Wirtschaftsverwaltung sie präsent. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Es ist jetzt kurz vor halb. Wir würden die restlichen Tagesordnungspunkte vertagen. Darauf können Sie sich schon mal vorbereiten. Jetzt sind wir aber bei Ihnen und sehr neugierig, damit Sie uns die Fragen alle beantworten können.

Gosia Binczyk (Europäische Kommission in Deutschland): Vielen Dank für die Fragen, die für vertiefte Kenntnisse sprechen! Das imponiert. – Ich werde versuchen, der Reihe nach vorzugehen und es relativ kurz zu halten, um es nicht so sehr in die Mittagszeit ziehen zu lassen.

Herr Dr. King! Sie sprachen insbesondere die Risiken für Berliner Unternehmen an und wie die EU damit umgeht. Die Aufgaben der EU-Handelsgeneraldirektion sind, insbesondere Chancen zu ermöglichen und Chancen in Abwägung mit den Risiken in den Verhandlungen aufzunehmen und durchzusetzen. Wie damit umgegangen wird, dafür sind wir vor Ort zuständig. Was macht die EU, um es vor Ort für Unternehmen leichter zu machen? – Hier geht es vor allem um die Wettbewerbsfähigkeit, und da haben wir insbesondere auf unserem letzten europäischen Rat, letzte Woche, bei dem es vor allem um Wettbewerbsfähigkeit ging, die Arbeit in dieser Priorität vorangesetzt, und zwar vor allem mit Binnenmarktmaßnahmen, also sprich: Wie machen wir Unternehmen wettbewerbsfähiger? Was Sie in Berlin hier vor Ort machen, ist das eine. Das andere ist auf der EU-Ebene, die Binnenmarktmaßnahmen, sprich: Konsolidierung der Finanzdienstleistungen, damit Unternehmen im Binnenmarkt leichter skalieren können, leichter an Kapital kommen, leichter wachsen und entbürokratisiert auf diesem Binnenmarkt agieren können. Hier haben wir zum Beispiel das sogenannte 28. Regime aufgesetzt, die EU Inc., also eine Unternehmensform, die in den nächsten zwei Jahren in Kraft treten soll, die ein erleichtertes Wachstum zum Beispiel für Start-ups ermöglichen soll. Das sind die Maßnahmen in Forschung, der Arbeitskräfte, Mobilität, all das, was im Draghi-Report und im Letta-Report im großen Stil bereits gefordert wurde. Da sind wir jetzt mitten in der Umsetzung zusammen mit Digitalisierung und Entbürokratisierungsmaßnahmen auf dem EU-Level. Da sind es die Omnibusse, wo einer nach dem anderen gerade in der Umsetzung ist. Das ist aber nur das EU-Level. Wie gesagt, die Arbeit auf Bundesebene und auf Landesebene muss das entsprechend flankieren.

Zu den Langstreckenflügen lasse ich die anderen sprechen. Das werde ich jetzt nicht weiter ansprechen.

Herr Häntsch! Sie haben nach Handlungsspielräumen gefragt. Die Handlungsspielräume für Berlin sehe ich vor allem in zwei Richtungen. Zum einen: Das Mandat für Handelsabkommen kommt vom Europäischen Rat. Im Europäischen Rat ist Deutschland eines der beteiligten Länder und konsultiert im Vorfeld einer Mandatserteilung relativ weitläufig intern. Wir machen das auf DigiTrade-Seite, auf Kommissionsseite sowohl in der Vorbereitung des Mandats als auch während der Verhandlungen, nämlich dass wir intensiv mit Interessensvertretern und auch mit den Gesetzgebern, sprich: dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat im Austausch sind, um die ganze Zeit tagesaktuell die Bedürfnisse eingespeist zu bekommen. Das ist das, wo Sie Einfluss nehmen können. Da möchte ich insbesondere auf die Zusammenarbeit mit Interessenvertretern Bezug nehmen. Gerade jetzt, vor einem Monat, am 25. Februar, fand die Jahresversammlung der DIHK in Brüssel in Zusammenarbeit mit uns statt. Wir haben uns über die Themen, die für die deutsche Wirtschaft wichtig sind, eingehend unterhalten. Unsere Generaldirektorin, Sabine Weyand, war da. Diese Einflussnahme ist möglich.

Herr Meyer! Sie sprachen über die Chancen und über die Herausforderungen. Ich sehe da die Aufgabe im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit, dass wir schauen, dass Unternehmen sich in diesem Wettbewerb rüsten und auf diesem Markt, um diese Chancen zu nutzen, sich dem stellen. Da komme ich auf die Antwort, die ich Herrn Dr. King gegeben habe, zurück.

Herr Schatz! Bezüglich der Risikoabschätzung und des Importes habe ich mal nach den Zahlen geschaut. Die größten Importe, die wir haben, sind aus China. Die sind gar nicht von woanders. Das ist das, wo wir im Moment die größten Herausforderungen haben. Die zweitgrößten für Berlin sind die USA, also genau das gleiche Feld. Das ist nicht das, wo wir im Moment die Handelsabkommen haben. Damit komme ich zu Herrn Dr. Bronson. Bei China und USA sind wir mit anderen Maßnahmen im Moment als Handelsabkommen unterwegs. Sie erinnern sich an die Strategie bezüglich China. Da ist der Slogan: De-risking not decoupling, also nicht völlig entkoppeln, aber die Risiken eindämmen. Da sind das Haupthandlungsinstrumente die Schutzinstrumente, die wir haben, die Handelsschutzinstrumente. Wir haben mehrere Verfahren in mehreren Bereichen laufen. Im Moment kommen wir an unsere personellen Kapazitätsgrenzen, um auf die Anzahl der Verfahren, die notwendig wären, zu kommen. Das ist derzeit das, woran wir arbeiten.

Bezüglich der USA ist es die Arbeit an der Stabilität. Vor allem im letzten Sommer, als es darum ging, auf welche Weise wir mit den USA weitermachen wollen, welche Art von Abkommen wir abschließen wollen, war der klare Ruf, auch insbesondere aus der deutschen Wirtschaft, nach Stabilität, nach Berechenbarkeit, nach Vorhersehbarkeit und diese auch wichtiger als große Chancen oder große Senkungen. Uns ist klar, das ist im Moment mit der gegenwärtigen amerikanischen Regierung auch die größte Herausforderung. An der arbeiten wir im Moment nur bedingt mit Handelsschutzinstrumenten, aber mit klaren Gesprächen, um die Stabilität und die Berechenbarkeit soweit wie möglich zu schaffen beziehungsweise wenigstens zu erhalten.

Sie haben gesehen bezüglich Grönland zum Beispiel und der Auseinandersetzung dazu, dass wir mit der gegenseitigen Abhängigkeit durchaus Argumentationskraft haben. Es ist nämlich nicht nur so, dass wir von den USA abhängig sind, sondern diese Abhängigkeit auch umgekehrt gilt.

Ich komme zuletzt zu Ihnen, Herr Vorsitzender, wie wir mit den weltweiten Risiken umgehen: Erstens Binnenmarkt: Unser hausinternes Produkt 450 Milliarden Verbraucher, das ist ein großer Markt, mit dem Unternehmen erst mal agieren können. Das ist viel mehr als viele andere haben, auf dem wir uns eine gewisse Autonomie erarbeiten können. Autonomie ist auch das Schlagwort der gegenwärtigen zyprischen Ratspräsidentschaft, die sich in diesem halben Jahr die Autonomie in vielen Bereichen auf die Fahne geschrieben hat.

Das Zweite ist die Wettbewerbsfähigkeit. Das ist das, was ich gerade genannt habe. Das ist das, woran wir mit Hochdruck arbeiten.

Das Dritte – und da bin ich als Schlusspunkt wieder bei der Karte angekommen – Diversifizierung der Märkte. Wenn eine Straße zu ist, muss es eine andere geben. Es kann nicht sein, dass wir einseitig von einem Handelsweg, von einem Handelspartner abhängig sind. Das ist der Grund, warum wir im Moment so unter Hochdruck an diesen Abkommen arbeiten, um es im Zweifelsfall zu ermöglichen, andere Wege zu gehen, als wir sie bis jetzt gegangen sind. Da komme ich zu unserem Abkommen mit Indien zurück. Das ist nicht nur ein Gamechanger, sondern was ganz anderes.

Mit Australien haben wir im Übrigen auch eine Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich besprochen. Das sind auch wiederum andere Wege im pazifischen Raum, die wir da gehen, die wir bis jetzt so noch nicht gegangen sind vor diesem gleichen Hintergrund. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Danke schön! – Herr Dr. Gottschalk.

Dr. Thorben Gottschalk (IHK): Auch von meiner Seite vielen Dank für die wirklich guten Fragen, und ich versuche auch, sie alle der Reihe nach zu beantworten! – Die erste Frage von Ihnen, Herr King, war: Wie konkret können Märkte erobert werden? Herr Hauer, Sie hatten ja auch gefragt: Wie kann Politik die Unternehmen bei Markterschließungen konkret unterstützen? – Erste Antwort: Was natürlich gut ist, wenn es so eine Art Marktscouting, Marktstudien gibt, die einfach Transparenz für die Unternehmen schaffen. Könnte ich mir das vorstellen? Gibt es da Chancen für mich und mein Geschäftsmodell, da hineinzugehen? Wie sind dort die Rahmenbedingungen? Dann müssten Veranstaltungen und Konferenzen in den Zielländern

oder auch hier gemacht werden, wo dann Vernetzung stattfinden kann. Ganz wichtig sind B2B-Matchingformate, also verschiedene Unternehmen aus den Märkten zusammenzubringen, um zu schauen, was konkrete Ansatzpunkte sind, um gemeinsam Geschäfte zu machen. Delegationsreisen helfen natürlich auch, werden auch durch die Politik unterstützt, oder auch reine Wirtschaftsdelegationsreisen, dass man in die Märkte reinkommt, sich vor Ort umschauen kann, sich vernetzen kann. Letzter Punkt: gemeinsame Messeauftritte, dass daran dort Unternehmen teilnehmen können, eine Standpräsenz haben. Das hilft auch, um dann konkret von der Unternehmerperspektive her in Märkte reinzugehen.

Ein Punkt, den ich in dem Zusammenhang auch noch ansprechen muss, das kann ich jetzt Ihnen, Frau Binczyk, leider nicht ersparen: Natürlich ist auch wichtig, dass wir uns EU-Regulierungen anschauen. Es gibt natürlich sehr starke Lieferkettenvorgaben, Berichtspflichten, Verpackungsregeln, den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Das sind natürlich alles Punkte, die es für Unternehmen nicht einfacher machen, sich auch neue Märkte zu erschließen und im internationalen Handel an den Weltmärkten zu partizipieren. Das heißt, die Unternehmen an sich sind gut aufgestellt, die können auch und die wollen auch. Es hilft halt, wenn es dann doch weniger Bürokratie gibt und flexiblere Vorgaben.

Das hatten Sie, Herr King, das Berlin Business Representatives Network angesprochen. Vielleicht darf ich da ganz kurz noch ergänzen zu dem, was der Herr Staatssekretär bereits gesagt hat: In der Tat ist dieses Programm von der SenWEB in der Federführung gerade im Aufbau. Es wurden jetzt Partner dazugeholt, unter anderem auch die IHK, deswegen kann ich ein bisschen was dazu sagen. Gerade sind wir jetzt dabei, geeignete Persönlichkeiten zu identifizieren, die entweder wirklich Berliner sind oder aber zumindest lange in Berlin gewirkt haben und noch immer einen engen Bezug zu Berlin haben, jetzt aber wohnhaft im Ausland sind in potenziell interessanten Märkten, die dort eine exponierte Stellung haben, dort viel Netzwerkarbeit ohnehin betreiben, und die Idee ist, dass wir diese Menschen dann zu Berlin Business Representatives ernennen. Die bekommen faktisch einen schönen Titel, der auch noch mal Türen öffnen kann, und während sie ihre Netzwerkarbeit betreiben, ist die Idee, dass sie gleichzeitig auch für Berlin werben. Sie werden dann von SenWEB regelmäßig informiert, was gerade in Berlin passiert, die Partner tragen dann auch ihre Informationen hinzu, das wird dann kompensiert und dann an die Leute weitergegeben, und dann können sie ganz normal für Berlin werben und bekommen zum Beispiel dafür dann – ich glaube – eine Einladung zum Hoffest, auch als Zeichen der Wertschätzung. Wir sind gerade dabei, die Namen zu sammeln. Es gibt demnächst eine nächste Runde bei SenWEB, wo wir dann eine Auswahl treffen wollen, und dann geht das Programm voran. Es soll auch schon zum Sommer mit einem ersten Testlauf starten.

Dann hatten Sie noch nach den Langstreckenflügen gefragt. In der Tat ist es so – ich habe jetzt nur Zahlen von Ende 2023 –, da hatte London 138 Direktverbindungen, Paris 103 und Berlin 6. Es sind jetzt ein paar mehr geworden, aber es sind immer noch sehr viel weniger. Die Situation, wie sie gerade ist, wird dem Anspruch Berlins als internationale Metropole, als Hauptstadt nicht gerecht. Wir als Wirtschaft nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass sich auch der Senat gegenüber der Bundesregierung sehr stark dafür einsetzt, dass dort entsprechende Lufthandelsabkommen neu verhandelt werden müssen, dass auch mehr Landerechte für Berlin und für die Fluggesellschaften herauskommen müssen. Das Interesse bei den Fluggesellschaften ist auch vorhanden. Das ist ja für Geschäftsreisende wichtig, dass die nach Berlin direkt kommen, aber natürlich auch für Politiker und Wissenschaftler. Berlin als internati-

onale Metropole braucht diese stärkere Anbindung per Langstrecke, ganz klar, also dazu volle Zustimmung.

Dann komme ich zu Herrn Hänsch, Sie hatten gefragt, das hatten Sie auch schon beantwortet, was Handlungsspielräume des Landes Berlin bei der Aushandlung von Freihandelsabkommen sind. Die sind da sehr indirekt, es kommt dann wirklich aus unserer Sicht mehr auf die Umsetzung an, dass man mit dem, was man hat, auch konkret arbeitet, mit den Maßnahmen, wie ich sie eben auch schon genannt habe, wie das Land Berlin dann konkret die Unternehmen unterstützen kann.

Vorteil im Alltag der Abkommen, war der nächste Punkt, das kann man ganz global sagen: Mehr Freihandel führt grundsätzlich erst einmal zu mehr Wirtschaftswachstum, zu mehr Wohlstand, zu mehr Arbeitsplätzen, zu mehr Steuereinnahmen, auch zu einem handlungsfähigeren Staat, der dann auch mehr für die Menschen tun kann. Es bringt eine Güterversorgung, im Zweifel günstigere Preise. Das sind im Grunde tatsächlich große Vorteile, die dann da sind, die man sich wahrscheinlich im Alltag auch stärker bewusst machen muss. Man merkt es ja so konkret nicht, wenn ich jetzt in den Laden gehe, was kaufe, dann weiß ich ja gar nicht, was da so alles dranhängt. Aber in der Tat ist es wirklich sehr positiv zu bewerten.

Dann eine sehr gute und spannende Frage zur Resilienz der Berliner Außenpolitik. Ich hatte ja schon in meinem Eingangsstatement die wissenschaftliche Studie erwähnt, die wir als IHK Berlin in Auftrag gegeben hatten. Das Ergebnis ist, dass grundsätzlich die Berliner Außenwirtschaft breit diversifiziert ist. Das heißt, in dem Moment, wo gewisse Länder ausfallen würden, ergibt es nicht so eine starke Länderkonzentration, dass wir dann in große Versorgungsprobleme kommen, sondern wir haben Außenhandel auf wettbewerbsintensiven Märkten, und es sind durchaus Alternativen verfügbar. Das ist die gute Nachricht. Was man aber auch sagen muss: Auf Unternehmenssicht runtergebrochen, da kann dann jeweils doch eine Abhängigkeit sehr groß sein. Also einzelne Unternehmen können da sehr stark betroffen sein, wenn es einmal heißt, wir können jetzt mit dem Land XY keinen Handel mehr betreiben. Umso wichtiger ist eben auch die Diversifizierung der Märkte, wie ich es ja auch bereits eingangs gesagt hatte.

Dann hatten Sie, Herr Meyer, gefragt: Wie ist denn das jetzt eigentlich, Freihandelsabkommen ist das nur Chance oder auch Herausforderung? Na klar, das ist immer beides, das ist keine Frage. Aber man muss es so sehen: In dem Moment, wo wir wirklich Freihandel haben und Protektionismus wegfällt, ist natürlich die Konkurrenz dann größer. Klar, ein Unternehmen, das in Berlin ist, das profitiert von hohen Zöllen, weil dann ausländische Bewerber nicht so stark konkurrieren können. Aber es ist ja nun mal die Idee, es gibt ja auch diese Theorie der komparativen Kostenvorteile, dass das Gesamtsystem davon profitiert, wenn wir eine internationale Arbeitsteilung haben, wenn es wenig Barrieren gibt, weniger Schutzzölle und Protektionismus. Natürlich muss man auch darauf achten, dass Schutzstandards eingehalten werden, was arbeitsrechtliche Geschichten, Umweltschutzstandards angeht. Da muss der Anspruch auch sein, dass die Niveaus, die es in Europa gibt, berücksichtigt werden. Das teilen wir auch, gar keine Frage, es muss fair zugehen. Aber unterm Strich ist es dann tatsächlich eine große Chance, wenn wir mehr auf Freihandel setzen und diese Handelsbarrieren runterbringen und die regelbasierte Ordnung noch stärker Einzug hält.

Dann hatten Sie nach den Auslandsbüros gefragt, auch eine ganz wichtige Frage. Die sind grundsätzlich erst mal vom Ansatz her gut. Was wir uns sehr stark wünschen, dass wir da noch mal eine klare Leistungsmessung bekommen. Wir haben jetzt ja die Büros in New York und Peking und jetzt vor kurzer Zeit neu eröffnet in Indien, in Bangalore. Was gut wäre, dass man wirklich mal CPIs einzieht in der Leistungsmessung. Was ist die Wirkung? Werden die Ziele erreicht? Wo bestehen Optimierungsbedarfe? –, und darauf basierend zu schauen, wo können dann gegebenenfalls neue Standorte gefunden werden. Ganz wichtig ist dabei, dass man schaut, es gibt ja auch noch Akteure, die tendenziell ähnliche Leistungen bringen könnten, GTAI, Germany Trade and Invest, die AHKs sind ja auch in den Märkten vor Ort präsent und auch andere lokale Akteure gibt es, dass man keine Doppelstrukturen aufbaut, sondern wirklich sagt: Was sind die spezifischen Mehrwerte des Auslandsbüros, dass wirklich nur das Auslandsbüro so für Berlin und für die Berliner Wirtschaft erreichen kann?

Dann hatten Sie, Herr Schatz, gefragt: Was sind die Auswirkungen der Abkommen auf den Import? – Ich habe jetzt erst mal eine Zahl: Berlin hat ungefähr 18 Milliarden Euro Güter und Dienstleistungen exportiert, aber importiert tatsächlich 22 Milliarden Euro, das heißt, sogar einen Tick mehr. Vollkommen klar ist auch, die Importe würden natürlich dann steigen, was aber auch in dem Moment vollkommen okay ist. Das sind dann Chancen in beide Richtungen, und das sind ja Unternehmen, die nach unternehmerischen Gesichtspunkten schauen: Lohnt es sich, da etwas zu importieren, und das tun sie ja nur dann, wenn es für sie einen betriebswirtschaftlichen Sinn ergibt, und in dem Moment, wo Importschranken fallen und sich das für die besser rechnet, ist es gut, wenn dann auch mehr Import stattfinden kann, ganz grundsätzlich gesprochen.

Dann hatte Herr Bronson, der jetzt, glaube ich, gerade nicht mehr da ist, auch gefragt: Resilienz Stichwort mit amerikanischer Zollpolitik. Das ist natürlich jetzt eine Sache, die eher auf DIHK-Ebene liegt als auf Ebene des Landes Berlin, also der IHK Berlin. Was ich grundsätzlich sagen kann, ist, dass der Wirtschaft wichtig ist, dass eine Eskalation im Verhältnis mit den USA vermieden werden soll, dass man natürlich trotzdem robust auftreten muss, sich also auch nicht, salopp formuliert, über den Löffel barbieren lassen darf. Wichtig ist, dass man immer auf Verhandlungen setzt und dass man schaut, dass Verlässlichkeit und Planbarkeit in den Rahmenbedingungen, was für Unternehmen ganz wichtig ist, möglichst Einzug halten kann und dass dieses sehr impulsive und heute so und morgen wieder ganz anders, dass das, was Märkte verunsichert, ein Ende findet. Das ist nicht ganz einfach, aber das wäre da die Erwartung.

Dann die letzte Frage von Ihnen, Herr Otto: Macht es für die Berliner Unternehmen eigentlich einen Unterschied, ob es das Abkommen gibt oder nicht? – Ja, klar, es eröffnen sich durch die Abkommen natürlich dann ganz neue Marktchancen. Das eine sind die Zölle und Gebühren, aber es gibt ja noch die nichttariffären Handelshemmnisse, die fast noch wichtiger sind als die reinen Zölle. Da geht es darum, dass durch Handelsabkommen Standards und Zertifizierungen harmonisiert werden können. Es gibt dann auch vereinfachte Ursprungsregelungen, wo man nachweisen muss, wo ein Produkt herkommt. Der Schutz geistigen Eigentums wird durch Freihandelsabkommen deutlich vorangebracht, was gerade für Berlin als einen wissensbasierten Standort sehr wichtig ist, dieses ganze IP-Thema. Zudem gibt es durch Freihandelsabkommen besseren Zugang zu Dienstleistungen in den Märkten und auch zu öffentlichen Aufträgen.

Ein ganz wichtiger Claim – das ist auch eine ganz aktuelle Umfrage der DIHK, die gerade rausgekommen ist, die nennt sich Going International, die wurde deutschlandweit durchgeführt –, sind die Exportkontrollen, die stattfinden, wo man für gewisse sensible Güter sehr stark Nachweise geben muss, bevor man die exportieren kann, und auch da können Freihandelsabkommen sehr stark dazu beitragen, hier eine Entlastung herbeizuführen. – So viel von meiner Seite. – Vielen Dank!

Vorsitzender Andreas Otto: Ganz herzlichen Dank an Sie, an die Anzuhörenden, dass Sie hergekommen sind, dass Sie uns so viele Fragen so qualifiziert beantwortet haben! – Wir schließen damit diesen Tagesordnungspunkt. Ich glaube, wir schließen den auch ab. Wir machen ein Wortprotokoll und bedanken uns noch mal ganz herzlich, dass Sie da waren!

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/2639

Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen und allen internationalen Klimavereinbarungen

[0215](#)

BuEuMe(f)
UK*

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2724

Soziale Gerechtigkeit liefern – Schutz und Fairness durch ein Direktanstellungsgebot für die Beschäftigten von Lieferdiensten

[0219](#)

BuEuMe(f)
ArbSoz*

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2738

Direktanstellungsgebot für Lieferdienste – Konsequente Kontrolle des Nachweisgesetzes

[0226](#)

BuEuMe(f)
ArbSoz*

Vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2863

Rechtskreiswechsel ukrainischer Geflüchteter stoppen – Arbeitsmarktintegration sichern!

[0234](#)

BuEuMe(f)
ArbSoz*

Vertagt.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.